

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



into 2007
strengthened we're going

• Staatsumbau konkret	S. 2	• Bundeswehr - Letzte Chance der Jugend?.....	S.16
• FDJ-Verbot	S. 3	• Interview mit Genosse Giulio, Gaststudent aus Kuba	S.17
• Harry Albrecht Story	S. 5	• Transform the dream into life	S.19
• Münchner Justizposen	S. 7	• In einem unbekanntem Land: FDJ-Winterschule in der DDR	S.20
• „Totalitarismus“, reaktionäre Ideologie	S. 9	• Buchbesprechung: Einigkeit und Recht	S.22
• Unsere Herren brauchen Europa	S.13	• Lichtenberg strikes back	S.23
• Propaganda / Impressum / Abo-Formalien	S.14		
• Heimatschutz	S.15		

Staatsumbau konkret – oder: Dachte da jemand, das betrifft uns nicht?

In der letzten Fanfare ist ja viel geschrieben worden über Staatsumbau, über Föderalismusreform, Vorbereitung auf den Krieg nach innen usw. Nun könnte man ja sagen: Das sind halt irgendwelche Gesetze, bei denen sowieso keiner durchblickt, warum sollen wir uns darum kümmern? Deshalb wollen wir kurz einige Beispiele aufzeigen, warum uns das alles ganz direkt in unserer politischen Tätigkeit betrifft. Denn die staatliche Repression zieht

in Mittenwald Flugblätter verteilen wollte, auf denen ein Buchcover kopiert war, das Nazis beim Hitlergruß zeigt. Hier ist der Fall noch abstruser: Weil ein antifaschistisches Buch, das sich mit Nazis befasst, Nazis auf dem Cover zeigt, deshalb ist das Kopieren des Covers „Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole“. Es ist vollkommen klar, dass das Grundgesetz nie eine antifaschistische Verfassung war. Aber wenn Gerichte antifaschistische Bücher



Deutsche Polizisten.
Im Hintergrund: Kollegen vom Verfassungsschutz

an – vor allem gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Bereits letztes Jahr sind bundesdeutsche Gerichte darauf gekommen, das antifaschistische Symbol des durchgestrichenen Hakenkreuzes unter Strafe zu stellen, und das auf Grund eines Gesetzes, das ursprünglich gegen faschistische Propaganda eingerichtet wurde: § 86a Strafgesetzbuch (Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole). Mit diesem Gesetz wird nun gegen antifaschistische Jugendliche vorgegangen. Empörer Aufschrei der Öffentlichkeit? – Keiner. Möglichkeiten, gegen diese Provokation des Staates juristisch vorzugehen? – Keine mehr. Denn in Zeiten, in denen der Staatsapparat so massiv umgebaut wird, gelten die demokratischen Rechte und rechtsstaatlichen Normen nicht mehr viel.

Auf der selben Basis wurde ein junger Antifaschist zu 60 Tagessätzen a 10 € verurteilt, weil er auf einer Kundge-

bung zu verfassungsfeindlichen Symbolen erklären, wird klar, wohin die Reise des Grundgesetzes geht.

Auch das Wahrnehmen des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit wird zunehmend unter Strafe gestellt: Im April letzten Jahres fand in München – wie so oft in letzter Zeit – eine Nazikundgebung statt, gegen die sich einige Leute versammelten. Die Polizei war offensichtlich der Meinung, dass ihre Datenbanken von Demokraten und Antifaschisten nicht auf dem letzten Stand waren, und veranstaltete etwas, was nun auch nicht neu ist. Ohne ersichtlichen Grund pflügte plötzlich USK (Unterstützungskommando, besonders brutale Schlägereinheit der bayerischen Polizei) durch die anwesenden Antifaschisten und griff sich wahllos Einzelne heraus, die sich bis spät in der Nacht auf dem Polizeipräsidium einer „erkennungsdienstlichen Behandlung“ aussetzen mussten. Gegen derartiges

Vorgehen der Staatsgewalt kann man nichts machen. So etwas passiert häufiger, danach werden den Leuten aberwitzige Vergehen vorgeworfen, das Verfahren gegen sie aber gleich wieder eingestellt. So ist die Polizei juristisch abgesichert und muss sich nicht dem Risiko aussetzen, dass herauskommt, dass die konstruierten Straftaten nie stattgefunden haben.

Aber auch auf diesem Gebiet hat sich etwas getan: Fünf der Festgenommenen bekamen Strafbefehle, mit denen sie zur Geldzahlung von mehreren 1000 € aufgefordert wurden – mit Begründungen, wie zum Beispiel, dass der Beschuldigte vorgeworfen wurde, auf besagter Kundgebung bei der Festnahme einer unbekannt Person durch unbekannt Polizeibeamte, eben diesem Beamten unbekannt Verletzungen zugefügt zu haben. Zeuge für diesen präzisen Tatvorwurf: ein Polizeibeamter. Weitere Tatzeugen: unbekannt. Natürlich wurden gegen diese Strafbefehle Widersprüche eingelegt. Aussicht auf Erfolg? – Keiner. Worum es bei den zum Teil bereits erfolgten, zum Teil noch kommenden Verurteilungen der Staatsgewalt in Wirklichkeit geht, hat der Staatsanwalt bei einer bereits erfolgten Verurteilung im Plädoyer klargemacht: Es sei polizeibekannt, dass die Beschuldigte bereits bei vielen Demonstrationen anwesend war, und es müsse endlich mal ein Exempel statuiert werden, dass derartiges zukünftig teuer wird. „Sie haben Gefängniswärter und Richter, die viel Geld bekommen und zu allem bereit sind. Ja wozu denn? Glauben sie denn, dass sie uns damit kleinkriegen? Eh’ sie verschwinden, und das wird bald sein, werden sie gemerkt haben, dass ihnen das alles nichts mehr nützt.“ (Bertolt Brecht, „In den Gefängnissen zu singen“)

Stefan

Anm. der Red.: Da bei den Kriminalisierungen von Antifaschist_innen auch FDJler betroffen sind, kann man auch direkt an die FDJ spenden, um Anwalts- und Gerichtskostenunterstützung zu leisten:

1990: Die FDJ auch der DDR vom Verbot bedroht

Sei es in den Auflagen für Kundgebungen und Demonstrationen, sei es durch Angriffe der Staatsmacht auf Jugendliche mit FDJ-Shirt oder Hemden, sei es durch die ständigen Versuche der Polizei FDJ-Fahnensträger wegzuhafeln oder wenigstens die Fahne einzuziehen, die FDJ steht immer mal wieder, mehr oder weniger, im Visier der Staates. Mal beruft man sich auf das Uniform-Verbot, mal auf „Verwechslungsgefahr“ zwischen Ost- und Westsymbol. Die Möglichkeit, dass dieser schwebende Zustand, der sich polizeiwillkürlich in den Freistaaten Thüringen oder Sachsen anders auswirkt als in Berlin, jederzeit zu einem Verbot des Symbols aufschaukeln kann, ist gegeben und rückt uns jedes Jahr spürbar dichter auf den Pelz. Ein Verbot der FDJ-Sonne würde de facto ein Verbot unseres Jugendverbandes bedeuten. Soviel ist sicher.

Westdeutschland ist da und mächtig und kriminalisiert, wo immer es jemand wagt, Aktionen gegen deutschen Krieg und deutschen Alt- und Neo-Nazismus und gegen die menschenverachtende Abwicklung der DDR durchzuführen. Dass viele überhaupt noch von der FDJ wissen, ist unwahrscheinlich. Hat man doch seit 16 Jahren schweißtreibend noch jedes Schild abgeschraubt und jeden geächtet, der nicht gleich brüllte: „Auf den Scheiterhaufen mit den roten Hexen!“

Das Blauhemd im Visier der Polizei

Seit 1990 wird das Verbot der FDJ faktisch auf den Osten ausgeweitet. Von Kati Witt bis zum kleinsten Azubi sollen sich die DDR-Bürger rechtfertigen vor den revanchistischen Geschichtsverdrehern Westdeutschlands. Die Beamten, die bei ihrer Jagd auf Antifaschisten (seien die nun im Blauhemd oder nicht) so tun, als wäre „rot gleich braun“ und „14-jährige Stalinisten“ an die Wand malen, hetzen in Wirklichkeit, ob sie wollen oder nicht, mit den Nazis Huckepack und bayerischen Ostlandrittern im Täschen gegen Antifaschismus und sozialistische Ideen. Was ausdrücklich zur Verhinderung eines neuen Faschismus gedacht war, wird aller Geschichte zum Hohn auch gegen die Antifaschisten gerichtet: Parteiverbote (wie gegen die SED 1946 und ge-

gen die KPD 1956), Berufsverbote und schließlich Emblemverbote.

1951: Die FDJ wird zum ersten Mal verboten

Im FDJ-Verboten haben westdeutsche Richter Übung. Denn 1951 sah man sich schon einmal veranlasst der Freien Deutschen Jugend das Genick zu brechen. Damals hatten es die jungen Leute gewagt, nach einem Weltkrieg und 50 Millionen Opfern des deutschen Faschismus nicht nur etwas gegen die Aufstellung einer neuen Wehrmacht zu haben, sondern auch zu tun. Aus Anlass einer Unterschriftensammlung(!) gegen

Angriffe auf das Blauhemd in Ostdeutschland:

Ostern 2003, Wurzen: Versuch der Polizei, wegen zwei Blauhemden den »Leipziger Ostermarsch« aufzulösen. **8. Mai 2004, Berlin:** Repression gegen Blauhemdträger führt fast zur Festnahme. **20. Aug 2004, Ziegenhals:** Jagd auf FDJler während einer Ernst-Thälmann-Ehrung. **19. März 2005, Berlin:** Tag-des-politischen-Gefangenen- Demo, FDJler werden gezwungen, ihre Personalien abzugeben. **2. Okt 2005, Berlin:** Polizeistaffel-Attacke auf mehrere FDJler **27. Januar 2006:** die Stadt Dresden verbietet der FDJ das „öffentliche Zeigen“ des FDJ-Symbols uswusw.

die Wiederbewaffnung Deutschlands wurde die FDJ in Westdeutschland verboten. Viele Mitglieder wurden damals mit Haft und Berufsverbote überzogen. Kritische Demokraten und Leute aus der Friedensbewegung steckte man gleich mit in den Knast, „sicherheitshalber“. Die Verfolgungswelle in der BRD der 50er gegen alle, die nicht mitgemacht hatten bei den deutschen Faschisten, gegen Migranten, Antifaschisten, Zuchthäusler und ehemalige KZ-Häftlinge, gehört zu den inzwischen vielerorts anerkannten Gründungsverbrechen der BRD. Die FDJ zog entsprechend schon als Exilju-

gend allen erdenklichen Hass der Alten auf sich.

1990: 17 Millionen vor Gericht

Es ist die westdeutsche Staatsräson, mit ihren Sonderrenten für Wehrmachtsoffiziere und dagegen Strafrenten und Verfolgungen von DDR-Würdenträgern und Antifaschisten der ersten Stunde, die seit 16 Jahren hier wütet. So wurden und werden DDR-Bürger vor bundesdeutsche Gerichte geschleift oder mit diskriminierenden „Stasi“-Stempeln gebrandmarkt.

FDJ wieder gegen deutsche Kriege

Heute, 56 Jahre nach dem FDJ-Verbot in Westdeutschland, steht die FDJ auch in der DDR im Fadenkreuz. Und wir fragen uns, warum? Die trotz Potsdamer Abkommen von einer Auslese hochrangiger Faschisten gegründete Bundeswehrmacht kann doch dort marschieren, wo einst ihr Vorläufer und Vorbild stand oder immer hin wollte, ohne dass die FDJ oder jemand anders neue deutsche Kriege bisher verhindert hätte. Auch, dass der ganze Osten stempeln gehen muss (und sich dafür noch belöffeln lassen darf!) und eine ungekannte Verarmung durch den von Fabriken und Betrieben gesäuberten Osten schleicht, trifft nur vereinzelt auf Widerstand. Und dass schon wieder Faschisten in deutschen Parlamenten „Meinungsfreiheit“ genießen und dafür großzügige Fördergelder von „Vater Staat“ kassieren, ist angeblich den meisten im Osten schnuppe. Aber deren Meinung ist bekanntlich sowieso nicht viel wert, schließlich sollten die „Jammerrossis“ lieber mal „an ihre eigene Nase fassen“. Und aus bayerischen Lederhosen schallt es, dass DDR-Mütter einen Hang zum Babys töten haben und der Rest der Zonis 40 Jahre nichts geleistet hat, sich faul vom Solidarbeitrag vollfrisst und am Ende noch „dreist“ fordert, genauso bezahlt zu werden wie sein Kollege drüben ... so tönt es von drüben.

17 Millionen vor Gericht - warum die FDJ vielleicht wieder verboten werden muss

Es bleibt die Frage, warum der ganze Aufwand mit unserem Symbol? Warum wollen sie das FDJ-Verbot praktisch auf die 1946 auf dem Gebiet der SBZ zugelassene FDJ ausweiten? Vielleicht, weil wir der lebende Beweis sind für

Wanted!



Sind Ihnen diese Symbole zu »verfassungsfeindlich«? Dann: Polizei: 110. Den Verfassungsschutz erreichen sie bei der NPD.

„Ich akzeptiere nicht, dass der Osten bestimmt, wer in Deutschland Kanzler wird. Die Frustrierten dürfen nicht über Deutschlands Zukunft bestimmen.“ Edmund Stoiber (CSU), Allgäuer Zeitung, 5.8.2005

eine andere Zeit. In der man schwer an Bananen kam – und an die NPD-Zeitung gar nicht. Wo es für Faschisten statt Parlamentssitze Knast in Bautzen gab. Wo um 20:15 immer nur zwei Programme flimmerten und wo keiner nach

Den 9fachen Kindsmord in Brandenburg erklärt Schönbohm (CDU) »damit... dass die von der SED erzwungene Proletarisierung Ostdeutschlands und die Zwangskollektivierung auf dem Land die Menschen östlich der Elbe ums Verantwortungsgefühl für ihr Eigentum und daher um die inneren Werte gebracht« habe. sdz 4.8.2006

Paris und reich werden konnte – weil keiner so arm war, dass er sich den Urlaub an der Ostsee nicht hätte leisten können. Wo jeder ständig von Frieden und Völkerfreundschaft vollgequatscht wurde – statt schwer bewaffnet „deut-

sche Interessen“ vom Hindukusch bis Kongo zu verfolgen, um im Zinksarg wieder heim ins Reich zu kommen. Wo man sich über Zement fürs Eigenheim den Kopf zerbrach – statt der „Agentur für Arbeit“ klarzumachen, dass man von monatlich 420 Euro nicht leben kann.

Und dieses verbotene Land ist gefährlich genug, um uns das westdeutsche Gesetz auf den Hals zu hetzen. Denn wenn im Osten mal was anderes möglich war als

1990 wurde im Einführungsgesetz zum BGB für das Gebiet der DDR im Artikel 231 §2 festgehalten: .Rechtsfähige Vereinigungen, die nach dem Gesetz über Vereinigungen . Vereinigungsgesetz vom 21.Februar 1990 (GBI.1 Nr.10 S.75). vor dem Wirksamwerden des Beitritts entstanden sind, besehen fort.. Zu den .rechtsfähigen Vereinigungen. der DDR, auf die das zutrifft gehört auch die Freie Deutsche Jugend.

heute, dann ist hier vielleicht auch ein ganz anderes Morgen im Bereich des Möglichen. Ja, vielleicht fällt dann dem einen der anderen Vertreter der ostdeutschen „Unterschicht“ am Ende noch auf, dass diese Marktwirtschaft nicht mal fürn bisschen Frieden und Ruhe vor Faschisten sorgen kann, nicht mal taugt für ein Dach überm Kopf, Arbeit und abends satt ins Bett gehen. Am Ende ist unser Symbol noch schuld daran, dass jemand bemerkt und offen kundtut, dass der fette alte Kaiser gar keine Kleider an hat und furchtbar hässlich ist ... Die FDJ 2007 wird einen Teufel tun, sich irgendwas vorschreiben zu lassen, weder von verpeilten Bullen, „Auflagenbescheiden“, Blauhemdjägern oder sonst wem! Und wenn wir wen an das verbotene Land erinnern und dem deswegen auch noch heimlich ein Lächeln übers Gesicht huscht, keine Angst: Wir sagen es nicht dem Verfassungsschutz.

Niemand verbietet uns! Unser Zeichen ist die Sonne, erst recht in finsternen Zeiten!

Lieber raus aus der BRD als rein in den Krieg!

FDJ Berlin



Ein 25-jähriger „FDJler“ wird festgenommen Foto: Eric Richard

5 Jahre nach dem Verbot der FDJ in der BRD wurde 1956 die KPD verboten. So wird auch derzeit im tschechischen Parlament über das Verbot der KP Böhmen und Mährens diskutiert, nachdem am 12.10.06 der Kommunistische Jugendverband KSM verboten wurde.

Warum? Weil sie in ihrem Programm es als notwendig ansieht das Privateigentum an Produktionsmitteln durch kollektives Eigentum zu ersetzen. Und weil sie gegen die Unterwerfung Tschechiens unter eine EU sind, die von Deutschland geführt wird, und gegen die sozialen und politischen Verschlechterungen für die Bevölkerung dadurch kämpfen.

„Mein Einstieg ins politische Leben“ - Erzählung von Harry Albrecht über eine FDJ-Aktion 1953 und „prägende Erfahrungen im Klassenkampf“

Am 28.10.45 nahm ich zum ersten Mal an der Versammlung der Antifa-Jugend in Chemnitz ... teil. Gast und Leiter der Zusammenkunft war Werner Künzel, Kommunist, Spanienkämpfer, Buchenwaldhäftling. „Wir brauchen keine langen Reden – lernen wir das ‚Lied vom Vaterland‘.“ Wir lernten und sangen: „Vaterland, kein Feind soll Dich gefährden...“ (das gibt’s nicht mehr). Lang war die FDJ meine politische Heimat. Deutschlandtreffen – 3. Weltfestspiele – Friedensmarsch nach Westberlin ... Abzeichen „Für gutes Wissen – Gold“ – Tage im Knast, dafür gab’s keine Medaille. Spannend war sie, meine FDJ-Zeit.

Ein wunderschöner Morgen zieht herauf. Der Tag verspricht sonnendurchstrahlt und heiß zu werden. Ich schleppe eine ziemlich schwere Werkzeugtasche zum Schmied... Da aber begrüßt mich mit lautem Hallo Günther. Er ist Sekretär in der FDJ-Kreisleitung. „Hör mal“, sagt er, „deine Eisen bringe ich zur Schmiede. Geh du heim, schnapp dir paar Sachen – so für etwa eine Woche und melde dich in der Touristenstation.“ „Worum geht es?“, ist meine Frage. „Weiß auch nicht recht Bescheid“, so Günther. Na ja, wird schon wichtig sein. ... Bald bin ich wieder zu Hause. Mutter sieht mich erstaunt an. ... Schnell erkläre ich, ich müsste zu einem Lehrgang nach Dresden. Mutter hilft mir ein paar Sachen zu packen. So, nun noch mein Parteidokument abgelegt und tschüß. Ich bin schon wieder fast an der Straßenbahn-Endstelle, als Mutter hinter mir hergejapst kommt. Was bringt sie mir? Mein Parteidokument. Günther hatte mir eindringlich klar gemacht: ohne! ... Nun muss ich gleich noch mal mit zurück. Im zweiten Anlauf gelingt es mir, das Ding besser zu hinterlegen. ... Bald hab ich die Touristenstation erreicht. Ne Menge Mädels und Jungs finde ich vor, aber keinen von meinen näheren Freunden und Genossen. Macht nichts, auch mit weniger Bekannten komme ich klar. Über unseren Auftrag hören wir nichts. Wir spielen Schach und Volleyball. Einige dreschen Skat. Die Atmosphäre ist locker und angenehm. ... Am Abend sehen wir den Film „Wie der Stahl gehärtet wurde“. Natürlich kennen wir die erregende Geschichte von Pawel, aber immer wieder sind wir davon ergriffen.

Schlafen ist angesagt. Wir können im Schlafrum, aber auch im Zelt pennen. Ich hau mich einfach auf die Wiese. Es ist August und die Nacht angenehm warm. Frühmorgens kommen einige an mir vorbei und meinen ich sei wohl ein Naturbursche. Na, ja ganz unrecht haben sie nicht.

Es werden Informationen über die anstehende Bundestagswahl gegeben. Am Abend – es ist Freitag – sollen wir über unseren Auftrag in Kenntnis gesetzt werden. ... Wir erhalten jeder einen Interzonenschein. Mir erscheint er nicht sehr vertrauenserweckend. Ein Jugendfreund stellt mir die Frage „Was hältst du davon?“ Ich brauche nicht lange zu überlegen. „Das ist der Einlieferungsschein in den Knast!“ Er schaut mich etwas bestürzt an. Will’s mir nicht so recht glauben. Na, ich vertiefe mich erstmal in den Schein. Mein Reiseziel ist Bottrop im Ruhrgebiet, Maxstraße 25. Schön, besuche ich eben meinen „Onkel“. Am Abend erfolgt die genaue Einweisung. Wir gehen als Wahlkampf-helfer in die BRD. Jeder erhält einen Packen Material. Es ist der sowjetische Vorschlag für einen Friedensvertrag in Deutschland, natürlich im Westen nicht veröffentlicht. Das Material unter Menschen bringen, ist unser Auftrag. Da gibt es noch eine Überraschung: Jeder von uns bekommt 170,- WM ausgehändigt. Wir werden in Kenntnis gesetzt, dass wir ja „Selbstversorger“ sein werden. Im Westen zu sein kostet ja schließlich auch was. Alles klar. Am Sonnabend in der Frühe verlassen wir einzeln das Objekt.

Es geht zum Bahnhof. Im Zug sollen wir uns nicht zur Gruppe zusammenballen. Verständlich, jeder stirbt für sich allein. ... In Leipzig umsteigen in den Zug nach Magdeburg. Bald steigt unser Grenzer zu. Meinen Schein zeige ich vor. Der Kerl glotzt endlos drauf. Mir wird schon ganz mulmig zumute. Wie soll das bloß werden, wenn ich schon bei uns so argwöhnisch aufs Korn genommen werde? Zwischen Ma-

rienborn und Helmstedt Niemandland. Der Zug tuckert gemächlich dahin. Da, Grenzmarkierung. ... Wir fahren auf den Bahnhof in Helmstedt ein. Lautes Geklapse, wie frei gleich die Luft sei. Ein Blick durchs Fenster zeigt mir: alle zwei Meter ein BGS-Mann. Und das soll freie Luft sein? Mir wird’s ganz flau.

Der Zug steht nun schon eine ganze Weile da. Eine Lautsprecherdurchsage: „Werte Reisende, entschuldigen Sie die längere Wartezeit. Im Zug befinden sich kommunistische Agitatoren.“ Lautes Gekreische der alten Weiber. Ich steige aus dem Wagen. ... Da hat mich aber schon ein BGS-Mann am Wickel. ... Er bringt mich zum gegenüberliegenden Bahnsteig. Na, da steht schon eine große Anzahl auch „Onkel-Reisende“. Jenseits des Zaunes eine grölende Menge junger Leute. Als ich aufkreuze schreien mehrere: „Gebt den rüber. Der kommt von der Stalin-Schule!“ ... Eigentlich bin ich ganz froh, dass ringsherum BGS-Leute sind. Mit der Meute vorm Zaun möchte ich nicht gern allein sein. Ein Polizei-offizier liest uns namentlich von einer Liste ab... Wir werden in eine Baracke geführt. Darin befinden sich Männer in Zivil. Nach meiner Ansicht „Verfassungsschützer“. Ihre Fragen: Wer sind Sie, wo wollen Sie hin, wer hat Sie geschickt, haben Sie Geld? Ich wie auch die Anderen haben die Antworten natürlich parat. Nach den Fragen erfolgt eine körperliche Durchsuchung. Meine 170,- DM ... werden mir abgenommen. Wir protestieren lauthals.

Wieder auf dem Bahnsteig werden wir sofort in einen Lkw verfrachtet. Nach kurzer Fahrt steigen wir vor einem größeren Fabrikgebäude aus. Drinnen ist schon eine Menge versammelt. Wir werden lautstark begrüßt. Es dauert nicht mehr lange und in der Halle befinden sich mehrere 100 Jugendliche. Bald ist ein regelrechtes Kulturprogramm in Gange. Gemeinsam wird gesungen. Heine wird rezitiert und

Goethe. Balladen im Wechselgespräch werden geboten. Ich staune über die reichen kulturellen Kenntnisse, welche zum Ausdruck gebracht werden. Stets werden Mädchen und Jungs durch Polizisten aus dem Raum geholt.

Wir warten draußen vor Türen. Wer hier raus kommt, tritt nach links oder in die rechte Reihe ein. Wir schließen schon Wetten ab. Links oder rechts? Ich werde reingeholt. Die gleichen Fragen wie schon auf dem Bahnhof. Bei mir gibt's keine anders lautenden Antworten. Besuch des Onkels in Bottrop, Maxstr. 25. Solch eine Straße gäbe es in Bottrop überhaupt nicht. Meine Antwort: Als mich der Onkel eingeladen hat, gab es sie noch. Ich werde rausgeschickt und auf die linke Seite beordert. Links sind wir nur ein kleiner Kreis. Die Mehrheit verlässt die „Gesprächsräume“ nach rechts. Nun wird klar, wer bei seiner Legende bleibt, muss auf unsere Seite. Jene die sagen, die FDJ habe sie geschickt, stellen sich rechts an. Die Nacht ist vorüber. Auf unserer Seite sind wir 27 Jugendliche. Wir werden nach draußen geführt und sehen wie Massen in Busse einsteigen. Für uns trifft das nicht zu. Wir werden in „grüne Minnas“ geladen.

Nach kurzer Fahrt ... vor uns das Gefängnis von Helmstedt. Ein riesengroßer Mann empfängt uns... der Gefängnisdirektor... Wir werden aber in keine Zellen gesperrt. Nein – auf Bänken sitzen wir im Garten. Es macht keinen üblen Eindruck. Der Riese sitzt mitten unter uns, ... von jedem will er die Herkunft wissen. Das erstaunliche dabei, von jeder Stadt weiß er eine Menge Kneipen zu benennen. Bei mir ist er etwas verstört. „Was? Karl-Marx-Stadt – noch nie gehört.“ Als ich ihm sage, es sei das ehemalige Chemnitz, strahlt er und nennt ganz begeistert ... verrufene Kaschemmen. Eigentlich ist der Riese ein ganz passabler Mann. Lustig ist er auf alle Fälle. ... Jetzt wird Essen rausgebracht. Aber, oh weh, Welch ein Fraß. Nach der ersten Kostprobe schieben wir die Schüsseln beiseite. Er schaut uns ganz irritiert an. Wie eine Erleuchtung fällt ihm dann ein – ach, ihr traut euch nicht zu essen. Wenn ihr in die „Zone“ zurückkommt, verrätet ihr euch wegen des Essens gegenseitig. Ne – ist unsere Antwort. Solch einen Fraß mögen wir nicht. Ihr wollt mir doch nicht erzählen,

dass es bei euch drüben so etwas gibt. Na, sagten wir doch schon, bei uns gibt es Genießbares auf dem Tisch. ... Der Riese ist erstaunt. Oh ja, die Verblödung der Leute im Westen ist erschreckend. Sie haben keine Ahnung, wie es bei uns ausschaut.

Am nächsten Morgen ... stehen wir nach kurzer Fahrt vorm Landgericht in Helmstedt. Da werden wir erwartet. Mehrere von uns werden jeweils gleichzeitig „verarztet“. Arreste wegen Landfriedensbruch werden uns ausgesprochen. Na, so was. Da sind wir ja richtige Revolutionskämpfer. Jochen, ein großer, kräftiger Genosse ... geht nach vorn zum Katheter und knallt ... dem Rechtsverdreher einen Hieb aufs Maul. Große Erregung. Zwei Polizisten schnappen ihn und sofort neuer Richterspruch: Wegen Angriffs auf die Staatsgewalt 6 Wochen Stadelheim. Wir fahren ohne Jochen zum Gefängnis zurück.

Hier bleiben wir aber auch nur kurze Zeit. Der bullige Gefängnischef verabschiedet uns. Haltet die Ohren steif, wird schon nicht so schlimm werden. ... Schön, aber wo geht es hin? Einstieg in die wartenden „Minnas“. Zu acht sitzen wir drin. Laut singen wir unsere Lieder. Davon haben wir genug. Paar „Wegekundige“ von uns stellen bald fest, wir sind auf der Strecke nach Hannover. Die Stadt ist erreicht. Wir singen mit aller Stimmkraft. Na klar, auch die „Internationale“. Einfahrt in den Gefängnishof. ... Überrascht hören wir hassvolles Gebrüll: „Ihr roten Schweine! Wir schlagen euch.“ Die Gefängnisbüttel sagen uns, die Brüller seien Nazis. Na dann, schöne Nachbarschaft. Wir kommen mit diesem Gesindel nicht wieder in Berührung.

Zu dritt belegen wir eine Zelle. Werner, ein Stahlwerker aus Riesa, und Hans, ein Mecklenburger Traktorist, sind meine Zellenkumpel. Hans ist ein ruhiger Typ. Seine Arbeit gefällt ihm sehr. ... Werner ist 25 Jahre alt und, wie er sagt, „ein kerniger Schmelzer“. Immer wieder erklärt er uns, welche Bedeutung seine Arbeit für unsere Volkswirtschaft hat. Na, wir zweifeln nicht daran. Wir haben alle eine feste Haltung zu unserem Staat. Klar, dafür nehmen wir auch den Knast in Kauf. Über eins aber zerbrechen wir uns den Kopf. Warum wurden wir von der Polente von Listen

aufgerufen? Viel später erst erfahren wir, es war Verrat. Ein Sekretär, im Zentralrat der FDJ, Leiter der Abteilung „West“, hatte die Aktion vorbereitet. Als alle unsere Jugendfreunde nicht mehr zurückgerufen werden konnten, hat sich dieser Lump nach dem Westen abgesetzt. Erst dann wird er als Agent des britischen Geheimdienstes entlarvt. Wenn wir's auch nicht wahr haben wollten, auch bei uns gibt's das.

Am Abend, als sich schon Kohldampf bemerkbar machte, tönten auf einmal Klopfzeichen durch die Wand. Wir lauschen angestrengt. Ich jubelte auf. Ich hab's erkannt, es ist das Klopfzeichen von Wera Figner. In ihrer Biographie „Nacht über Russland“ hat sie es beschrieben. ... Die Verständigung klappte bald ganz prima. Aber, oh weh, das erste Signal lautet: „Hungerstreik“ ... Die Tür geht auf und der Kalfaktor bringt ein Tablett mit unserem Abendessen herein. Wir protestieren – raus damit. Er schnauzt uns an: „Ihr spinnt wohl. Die Fresserei bleibt in der Zelle.“ ... Was er da rein gestellt hat, sieht nicht schlecht aus. Für uns nicht gut. Langsam haben wir ja auch Gnast bekommen. Gegenseitig bestätigen wir uns: Es wird nichts angerührt! ... Nachts lässt mich ein Geräusch aus dem Schlaf fahren. Da macht sich doch einer an den Fressalien zu schaffen. Licht an! Ertappt! Es ist Hans. Ich will doch nur einen Kanten. Ich brüll ihn an: „Nichts gibt's!“ Da wird auch schon gegen die Tür getrommelt: Ruhe! Wir pennen weiter. Am morgen nochmals die Klarstellung: Es wird nichts gegessen. Das Schlimme: Die Futterage wird nicht aus der Zelle genommen.

Wir öden anfangs vor uns hin. Da aber eine Durchsage, wir können in der Bücherei ausleihen. Ich hole mir „Die Worte“ von J.P. Sartre. Bald hab ich mich festgelesen. ... Wieder eine Durchsage: „Es erfolgt eine strenge Geldkontrolle!“ Sichergestelltes Geld wird entschädigungslos eingezogen. Bei freiwilliger Abgabe kann für den Gegenwert in der Kantine eingekauft werden. Nach 36 Stunden Hungerstreik kommt das Klopfsignal „Beenden!“ Wir sind zufrieden. Haben rechten Kohldampf. Was das Gold anbelangt – ein einziger hat seine Scheine gerettet. Er hatte es auf seine Schnitte gelegt und Butter drauf gestrichen. Dafür kaufte er

Zigaretten und Schokolade. Jeder hat etwas davon bekommen.

Ich denke oft an zu Hause. Mutter wird sich ernste Sorgen machen. Sie weiß ja nicht, wo ihr Großer steckt. Zu Hause erfahre ich, dass längst ein Schreiben bei Mutter eingegangen ist. Ihr wird mitgeteilt, dass ich wegen „Landfriedensbruchs“ zu Gefängnishaft verurteilt bin. Leider ist diese Mitteilung verloren gegangen. Klar, dass ich sonst Haftentschädigung wegen Freiheitsberaubung eingeklagt hätte. Die Tage tropften so vor sich hin. Dann aber war unsere Knastzeit zu Ende. Mit einem Bus wurden wir von Hannover nach Helmstedt verfrachtet.

Nach dem Aussteigen ging es Richtung Grenzübergang. Begeistert schauten wir auf drei Mädchen, die an einem Stock ein rotes Tuch vor uns allen hertrugen. Mit dem Zug erreichten wir bald Magdeburg. Es gab für jeden ein Gedeck mit „Strammem Max“, klar hat's geschmeckt. Von dem Geschehen sollten wir gegenüber jedermann schweigen. Auf unsere drängenden Fragen, wieso wir im Westen von Listen abgelesen wurden, gibt es nur zögernde Antworten. Es berührte uns schon, dass der Klassengegner im Zentralrat der FDJ Positionen einnehmen konnte. Ja, auch bei uns saßen Kräfte des Gegners an verantwortlichen Stellen. In der FDJ habe ich gelernt politisch zu arbeiten. Die beschriebenen Ereignisse gehörten zu meinen prägenden Erfahrungen im Klassenkampf.

Wir wurden wegen „Landesfriedensbruchs“ in Haft genommen. Rechtsstaatlichkeit! Der „Rechtsstaat“ BRD beschuldigte zwischen 1949 und 1990 125000 seiner Bürger „kommunistischer Aktivitäten“. 7000 Kommunisten wurden mit Ermittlungsverfahren und Strafen belegt. Die gleiche BRD-Justiz konstruierte gegen 100000 DDR-Bürger nach der Konterrevolution vielfältigste Verbrechen. Angeklagt wurden 1.212 Personen. Davon wegen: Gewalttaten an der Grenze 363, Rechtsbeugung 400, Wahlfälschung 127, MfS-Straftaten 143, Denunziation 15, Misshandlung 53, Amtsmissbrauch 56, Wirtschaftsstraftaten 42, Doping/Sonstiges 7.

Lügen, aufbauschen, verurteilen, Biographien zerstören und die DDR delegitimieren – so tobt der Klassenkampf weiter.

Weißblaue G'schichten

feat. die Speerspitze des deutschen Rechtsstaats: Staatsanwaltschaft München I

Seit inzwischen fünf Jahren regt sich im oberbayerischen Mittenwald Widerstand gegen das alljährliche Treffen des „Kameradenkreises der Gebirgsjägertruppe“. Darunter jener Teil der Bundeswehrsoldaten, die im vergangenen Jahr unrühmliche Presse bekamen, weil sie sich mit Totenköpfen am Hindukusch fotografieren ließen.

Insel Kephallonia. Die Ergebnisse der Recherchen führten dazu, dass gegen mehrere verantwortliche Wehrmachts-soldaten Anklage bei der Staatsanwaltschaft eingereicht wurde.

Die Münchner Staatsanwaltschaft I unter Leitung von Oberstaatsanwalt August Stern stellte nun im vergan-



Kundgebung vor dem Münchner Justizgebäude am 08.12.2006.
Foto: Junge Welt, 09.12.06

Mit den gestorbenen „Volksgenossen“ am Hohen Brendten gehen diese Leute hingegen etwas respektvoller um. Die alljährliche Gedenkfeier in Mittenwald für die gefallenen Wehrmachtssoldaten wird logistisch durch die Bundeswehr unterstützt – man kutschiert die Wehrmachtsveteranen mit Bussen umher, kocht für sie und bringt sie unter. Juristischen Beistand bekommen die Wehrmachtssoldaten und ihr junges Bundeswehrgelbe nun von der Staatsanwaltschaft München. Im Zuge der Recherchen junger Historiker konnte zweifelsfrei nachgewiesen werden, dass Angehörige der Mittenwalder Gebirgsjägerbataillone während der Besetzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg verantwortlich waren für Massaker an italienischen Kriegsgefangenen und Zivilisten u.a. auf der griechischen

genen Juli die Verfolgung des größten Kriegsverbrechens der Wehrmacht mit über 3000 Opfern ein. Juristisch ging es um die Frage, ob hier Mord oder „nur“ Totschlag vorliegt. Totschlag wäre strafrechtlich nicht relevant, da dieser Tatbestand bereits verjährt wäre. Mord hingegen nicht. Der Unterschied bei der juristischen Bewertung liegt darin, dass ein Mörder laut BRD-Strafgesetzbuch nur ist, „wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstrieb, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet“. Ein Totschläger ist dagegen, „wer einen Menschen tötet, ohne Mörder zu sein“.

Nun hat die Staatsanwaltschaft

München I ein Problem: Ihr Chef hat im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst. Oberstaatsanwalt Stern, der in München bereits verrufen ist, weil er seine reaktionäre Rechtsauslegung auch immer dilettantisch begründet, stellte im vergangenen Jahr u.a. die Strafverfolgung gegen führende Münchner Neonazis ein, denen vorgeworfen wurde, sie hätten auf einer Kundgebung am 9. November statt der „Mauertoten“ der Gefallenen des sog. „Hitler-Putsches“ von 1923 gedacht und deren Namen verlesen. Stern begründete die Einstellung dieses Verfahrens wegen Verherrlichung des Nationalsozialismus damit, dass diese ja gar nicht gegeben sein könne, da 1923 noch gar kein Nationalsozialismus geherrscht hätte.

Zu erwarten war also, dass auch die Verfolgung von Ottmar Mühlhäuser, des Verantwortlichen für das Massaker auf Kephallonia nicht allzu konsequent, geschweige denn deren Einstellung sonderlich klug begründet sein würde.

Nach dem Abbruch des deutsch-italienischen Bündnisses durch Italien 1943 hatte Mühlhäuser ein Kommando zusammengestellt und diesem den Befehl zur Umsetzung des Massakerbefehls des deutschen Generalstabs gegeben. Das führte dazu, dass Hunderte deutscher Soldaten, die auf Kephallonia eingefallen waren, sich daraufhin am Niedermetzeln der ahnungslosen italienischen Kriegsgefangenen beteiligten. Der Einstellungsbeschluss, so berichtet *German Foreign Policy*, „billigt dem Täter eine besondere Rechtfertigung zu, da die Erschossenen „keine normalen Kriegsgefangenen“ gewesen seien. Es habe sich um „Verräter“ gehandelt, heißt es „im Sprachgebrauch“ der NS-Kriminellen. Höhepunkt der skandalösen Ausführungen ist die Behauptung, der Fall ähne Erschießungen deutscher Wehrmachtsdeserteure. Auch ihre „Hinrichtung wäre wohl ebenfalls nicht als Tötung aus niedrigen Beweggründen (...) anzusehen“, schreibt die Münchner Staatsanwaltschaft – ein Schlag ins Gesicht der Nachkommen deutscher Wehrmachtssoldaten, die für ihre Widerstandshandlungen gegen die Unterjochung Europas mit dem Leben bezahlten.

Der Umstand, dass die Täter nach Zeu-

genaussagen auf der Insel Kephallonia ihre toten Opfer auch ausraubten, ihnen Wertsachen und Andenken nahmen, ging in den Münchner Einstellungsbeschluss nicht ein.

In Italien, wo nach den Opfern der Wehrmachtssmassaker Straßen und Plätze benannt wurden, stieß die Begründung der Münchner Staatsanwaltschaft auf Empörung. In der italienischen Presse wird die Entscheidung als „Gerichtsunfall“ bezeichnet. Der italienische Verteidigungsminister bezeichnet das Urteil in seiner Stellungnahme als unannehmbar, weil es die Wahrheit der Tatsachen und das Urteil der Geschichte verdrehen würde.

Um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen und das skandalöse Verhalten der Münchner Staatsanwaltschaft auch außerhalb Italiens bekannt zu machen, machte sich Anfang Dezember 2006 eine Delegation Angehöriger der Ermordeten, Rechtsanwälte, Senatoren und AntifaschistInnen aus Italien auf den Weg zu einer Pressekonferenz und einer Kundgebung vor dem Landgericht München. Sie betonten dabei, dass es schließlich um mehr ginge, als um juristische Spitzfindigkeiten. Der Senator Claudio Brassi betonte, dass die Auseinandersetzung um solche Urteile nicht allein auf zwischenstaatlicher, diplomatischer Ebene geführt werden dürfe, sondern man gemeinsam dem in ganz Europa grassierenden Geschichtsrevisionismus etwas entgegenzusetzen müsse.

Für die Situation in Deutschland bedeutet die Entscheidungsbegründung der Münchner Staatsanwaltschaft, dass hier einerseits eine Abkehr von den Urteilen der Nürnberger Prozesse eintritt. „In Nürnberg wurden Geiseler-schießungen auch am Fall Kephallonia verurteilt und dadurch festgeschrieben, dass die Opfer Angehörige einer Armee Kriegsgefangene gewesen seien und in keinem Fall Heckenschützen oder gar Verräter. Eines der großen Verbrechen in einem schrecklichen Krieg sei es, entwaffnete Kriegsgefangene zu erschießen. Deswegen ist der eigentliche Verrat das Verdrehen der Geschichte“, so der italienische Rechtsanwalt Roberto Pagani. Begründungen wie die der Staatsanwaltschaft München können

als quasi-Freibrief auch dazu dienen, völkerrechtswidrige Kriegshandlungen in den gegenwärtig von deutschem Militär besetzten Staaten zukünftig straffrei zu stellen.

Letztendlich bleibt für alle antifaschistischen und demokratischen Menschen auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Jene Menschen, die jedes Jahr an Pfingsten nach Mittenwald fahren, um auf die Verbrechen der Wehrmacht und ihre Traditionspflege aufmerksam zu machen, sehen sich mit staatlicher Repression konfrontiert. So sehr, dass im Jahr 2005 eine Menschenrechtsorganisation zur Beobachtung der Proteste in Mittenwald anreiste. Elke Stevens dazu im Interview mit der *Jungen Welt*: „Wir vom Komitee für Grundrechte und Demokratie mussten insgesamt ein vor-demokratisch-autoritäres Grundrechtsverständnis bei Polizei und Politik in Bayern feststellen. Versammlungen wurden grundsätzlich als potentielle Gefährdungen aufgefasst, Demonstranten entsprechend massiv kontrolliert und eingeschüchtert. Angesichts des Auftretens der Polizei beobachteten wir die Reaktionen der Protestierenden fast mit Erstaunen. Sie verhielten sich durchweg gelassen und humorvoll-verwundert angesichts der Zumutungen und Übergriffe. Das Vorgehen der Polizei war oft maßlos überzogen. Das Versammlungsrecht wurde unverhältnismäßig eingeschränkt. Demonstrierende wurden in mit Flatterband abgesperrte Pferche gedrängt, Personen und Taschen akribisch durchsucht. Der Bus der Demonstrierenden wurde ständig kontrolliert.“

Auch wenn die Ausweitung der polizeilichen Befugnisse durch die Föderalismusreform und die weitere Zentralisierung und Vernetzung von Polizei und Geheimdiensten in Deutschland dazu führen werden, dass die Proteste 2007 noch massiver eingeschränkt werden, so führt für uns kein Weg daran vorbei, den revanchistischen Gedenkveranstaltungen des militärischen Arms des deutschen Imperialismus und dem reaktionären Demokratieverständnis der BRD etwas entgegenzusetzen.

Auf nach Mittenwald 2007!

„Totalitarismus“, reaktionäre Ideologie Schlussstrich unter deutsche Geschichte

Am 25. Januar 2006 nahm die Parlamentarische Versammlung des Europarates die „Resolution zur internationalen Verurteilung totalitärer kommunistischer Regime“ an. Im Europarat scheiterte die Resolution aufgrund des massiven Widerstands und Großdemonstrationen v.a. in Straßburg und Athen. Nichtsdestotrotz stellt dies einen erneuten Versuch dar mithilfe der Totalitarismustheorie gezielt antidemokratische und antikommunistische Politik zu betreiben. Dieser Artikel möchte einen kleinen Einblick in die Totalitarismustheorie und ihren Zweck geben. Bereits bei der Gründung der BRD stellte sich für die Herrschenden die Frage nach der erneuten Entfaltung des Antikommunismus. Die ideologische Absicherung ihres Vorhabens bot ihnen die Totalitarismustheorie. Der Antikommunismus wurde die eigentliche Staatsideologie der Bundesrepublik.

Dies lag einmal am Demokratieverständnis der sog. Verfassungsväter der damals noch gar nicht gegründeten Bundesrepublik. Die alten Faschisten kamen in die führende Positionen der Ministerialbürokratie, der Verwaltung, der Wirtschaft, der Justiz, der Hochschulen, der Medien, sie bauten die Geheimdienste und das Militär (33 von 38 der Bundeswehrgenerälen waren ehemalige Wehrmachtsgeneräle) auf. Die BRD sollte zum antikommunistischen Schutzstaat aufgebaut werden.

Schon bei den Verhandlungen des Parlamentarischen Rates 1948/49 haben verschiedene Abgeordnete eindringlich dazu aufgerufen, eine „demokratische Verfassung zu schaffen, in der vor allem der Gedanke der persönlichen Freiheit gegen totalitäre (also da steht drei Jahre nach der Befreiung vom Faschismus nicht faschistische sondern schon totalitäre) Staatsbestrebungen gesichert werden“ müsse.

Diese Auffassung wurde auch von dem einflussreichen Staatsrechtler und späteren Verfassungsrichter Gerhard Leibholz geteilt, der den „Totalitarismus nationalsozialistischer und kommunistischer Provinienz als negatives Gegenbild zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ bezeichnet hat.

Es wurde also bereits, kurz nachdem die Sowjetunion, die die größten Verluste für die Befreiung vom dt. Faschismus aufgewandt hatte, deklariert

die Sowjetunion sei mit dem 3. Reich gleichzusetzen. Die Totalitarismustheorie wurde zum Dogma, das sich in allen Kommentaren zum Grundgesetz wiederfindet. So auch in dem berühmtesten und bis heute angewandten von Maunz/Düring/Herzog/Scholz, in dem man lesen kann, dass die im Artikel 18 erwähnte „freiheitlich demokratische Grundordnung“ als „Gegenposition“ zum „Totalitarismus“ zu verstehen sei. Dies verpflichtete den Staat dazu, alle auf den Totalitarismus „abzielenden Bestrebungen von vornherein zu verhindern.“ Gegen eben jenen Maunz hatte wegen



seiner Tätigkeit als heftig bekennender Nazihochschullehrer in Freiburg schon die französische Besatzungsmacht nach 1945 Einwände erhoben. Trotzdem war der im August 1948 beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee dabei und wurde 1952 auf einen Lehrstuhl nach München berufen. Von dort hoffte er, „auch stärker gegen die Verfemung einzelner NS-Kollegen wirken“ zu können. Maunz hatte im 3. Reich an Kongressen teilgenommen, mit denen er „den deutschen Geist von allen jüdischen Fälschungen zu befreien“ trachtete. Die CSU in München machte Maunz 1957 zum Kultusminister. Bis zu seinem Tod war er ein privater Freund des Faschisten Gerhard Frey (DVU).

Mit Totalitarismus war keineswegs nur der Faschismus, sondern auch, ja weit mehr, der höchst lebendige Kommunismus gemeint. Tatsächlich ist die Ideologie des Antikommunismus in Form der Totalitarismustheorie als die eigentliche „Weltanschauung des Grundgesetzes“ anzusehen, wie es der reaktionäre Totalitarismustheoretiker Ernst Nolte frei heraus aussprach. Der Historiker Wolf Wippermann sagte hierzu: „Die immer wieder beschworene Totalitarismustheorie dient nur als Deckmantel eines scheinbar erneuerten und ‚demokratisierten‘ Antikommunismus.“

Unter dem Deckmantel eben jener Totalitarismustheorie fanden in den 50er Jahren in der BRD die Verbote von FDJ und KPD statt.

Die Totalitarismustheorie wurde ab 1945 massiv gefördert, z.B. (laut Karl Heinz Roth, *Geschichtsrevisionismus*) auch in dem von den USA nach dem Krieg beschlossenen „Psychologischen Strategieplan für Deutschland“. In Zeitschriften wie „Der Monat“ tauchte dann regelmäßig die Gleichsetzung der Sowjetunion mit dem 3. Reich auf.

Der Antikommunismus wurde zu einem „sozialen Disziplinierungsmittel“, was die immer wieder beschworene „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ zu denunzieren drohte. Der Antikommunismus prägte darüber hinaus auch die Bildungspolitik der Bundesrepublik.

Dies zeigt sich z.B. in den 1962 von den Kultusministern der Länder erlassenen „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“. Sie standen in einem nicht zu übersehenden Widerspruch zu der im Grundgesetz garantierten Freiheit von Forschung und Lehre und schon sowieso im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen. Durch die Richtlinien wurden die Lehrer verpflichtet, sich im Unterricht an der schon damals umstrittenen Totalitarismustheorie zu orientieren, indem sie ihren Schülern die „verwerfliche

Zielsetzung und die verbrecherischen Methoden des kommunistischen (...) Totalitarismus“ verdeutlichen sollten.

Ende der 80er Jahre arbeitete die Bourgeoisie an der endgültigen Zerstörung des sog. sozialistischen Lagers. Die imperialistische BRD annektierte die DDR. Wozu und wie gab Außenminister Kinkel lauthals von sich: „Im Inneren müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind.“

Hierfür musste und muss die Arbeiterklasse stillgehalten und die Kommunisten mundtot gemacht werden. Dafür nutzten die Herrschenden auch eine erneute Verstärkung antikommunistischer Propaganda, die insbesondere die DDR traf. „Unrechtsstaat, wirtschaftliches Debakel, keine Reisefreiheit, Stasi, Gefängnisse, in die die Faschisten gesteckt wurden, faule Arbeiter, GULAGs, brutale Kommunisten, kindermordende Stalinisten Mauer und Todesstreifen“ machten die Runde.

Unsere Herren lassen sich einiges einfallen, um uns davon abzuhalten das Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

Dies sollte Grund genug für uns sein einen kleinen Blick hinter die Kulissen zu werfen und uns die Totalitarismustheorie etwas genauer unter die Lupe zu nehmen:

Was sind die gesellschaftlichen Grundlagen der Totalitarismusideologie? Sie blühte erstmals in den 40er Jahren auf. Sie hatte aber Anknüpfungspunkte zu der sozialdemokratischen Schiene, die gegen die Kommunisten seit Spaltung der Arbeiterparteien vorhanden war. Bereits Kautsky und andere Revisionisten hatten alles daran gesetzt die Gründung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, der UdSSR, zu denunzieren. Sie stellten die sozialistische Demokratie der UdSSR der bürgerlichen Demokratie gegenüber, wobei sie die Demokratie für Arbeiter und Bauern als ungerecht und die Demokratie für die Kapitalisten als die einzig wahre darstellten.

Die Totalitarismustheorie bekam großen Aufwind seit Gründung der BRD. Was steckt dahinter? Der Faschismus in Deutschland wurde besiegt. Der Sozialismus hatte der ganzen Welt sei-

ne Stärke offenbart. Es war stets eine Grundlinie der Bolschewiki, dass die Arbeiter innerhalb der bürgerl. Revolution soweit als möglich demokratische Rechte erkämpfen müssen um sich einen möglichst guten Boden für den nächsten Schritt, nämlich die sozialistische Revolution zu schaffen (nachzulesen in Lenin: *Zwei Taktiken*).

Damit sind Dinge wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit zur Gründung von Parteien gemeint. Ohne das ganze fällt



Bundesdeutsche Gewichtung

es bekanntlich ziemlich schwer die Arbeiterklasse zu organisieren. Der Faschismus, der diese Beschränkungen für die Arbeiter bekanntlich massivst vornahm, war aber besiegt worden. Für die bürgerlichen Kräfte bot er damals kurzfristig keine Aussicht wieder voranzukommen; dies hätten die Kräfte der Anti-Hitler-Koalition zu verhindern gewusst.

Da blieb der Bourgeoisie nur eine bürgerlich demokratische Republik. Doch diese bedeutet auch demokratische Rechte für die Arbeiterklasse. Solche Fragen wie die Wiederbewaffnung, wo sich die dt. Bourgeoisie massivem Gegenwind ausgesetzt sah, zeigen, dass es sehr wohl Gegenwind gegen die Bourgeoisie gab. Das ließ sich die Bourgeoisie nicht gern gefallen. Und man darf auch nicht vergessen, dass die BRD zum antikommunistischen Staat aufgebaut werden sollte.

Am besten für die Bourgeoisie also ein

Staat, in dem die fortschrittlichen Teile der Arbeiterklasse nun doch wieder mit massiven Beschränkungen bedacht werden sollten. Ergo eine Demokratie für die Bürgerlichen, die die Arbeiter nicht nutzen können bzw. in der sie so weit als möglich beschnitten werden. Eine Demokratie, in der die Dinge, die die Arbeiter zum Organisieren und zum Vorbereiten der weitergehenden, nämlich der proletarischen Revolution brauchen, den Arbeitern so weit wie möglich verboten werden.

Was bleibt dann für eine Theorie als Lösung? Eine, die behauptet, die fortschrittlichen Arbeiter würden gegen die bürgerliche Demokratie verstoßen und dürften daher keine Parteien haben, nicht in hohe gesellschaftliche Berufstellungen gelangen, keine Unterschriften gegen Aufrüstung sammeln und und und. Man musste sich also eine Ideologie schaffen, die es möglich machte, die Bestrebungen der fortschrittlichen Arbeiter nach mehr Demokratie, nämlich nach proletarischer, nach sozialistischer Demokratie so zu verurteilen, dass diese angeblich undemokratisch seien.

Dafür hat man ein paar formale Grundlagen einer bürgerlichen Demokratie herausgestellt. Sachen, wie das Privateigentum an Produktionsmitteln, sprich der Besitz der Kapitalisten, wurden auf einmal so behandelt, als wären dies die Höhepunkte demokratischer Forderungen und jeder, der sich dem widersetzt, ein Antidemokrat. Ganz und gar ekelhaft waren dann diejenigen, die anfangen die Forderungen einer proletarischen Demokratie mit dem Faschismus, also dem größten Unterdrückungssystem der Arbeiter, gleichzusetzen. Das bot sich für die Theoretiker schon an, da der Faschismus als größtes Verbrechen der Geschichte noch frisch im Bewusstsein war. Jetzt suchten sich die Herren oberflächliche Gemeinsamkeiten und als sie diese fanden taten sie kund: „Aha, wir haben ein paar oberflächliche Gemeinsamkeiten gefunden – nun könnten wir behaupten, es sei das gleiche und nennen dann beide Staaten totalitär.“

Aber was waren diese Gemeinsamkeiten:

1956 formulierten Brezinski und Friedrich die bis heute einflussreichsten Eckpfeiler der Totalitarismustheorie. Danach seien Staaten als totalitär gleichzusetzen, wenn sie folgende Merkmale gemeinsam haben:

- eine Ideologie, die sich entweder gegen feindliche Klassen oder Rassen richtet,
- ein System, das sich gegen feindliche Klassen oder Rassen richtet.
- eine Wirtschaft, die der staatlichen Kontrolle unterworfen ist.
- ein Staat, der über ein Waffen- und über ein Nachrichtenmonopol verfügt.

Sie versuchen also die Parallele über eine oberflächliche Gleichsetzung von Aufgabengebieten eines Staates zu erreichen. Fühlen wir dem Ganzen mal auf dem Zahn: War und ist denn nun die wirtschaftliche Kontrolle eines faschistischen und eines sozialistischen Staates dasselbe ?

Nein, im Faschismus bildet der Staat den ideellen Gesamtkapitalisten, der dafür sorgt, dass die Ausbeutungsordnung bestehen bleibt. Zum einen ist es sehr oberflächlich, wenn man behauptet, der Staat hätte die Wirtschaft bestimmt und nicht andersrum. Trotz aller Macht und Richtlinien, die die NS-Politiker formulierten, bestimmte das dt. Großkapital den Staat bzw. dessen Politik. „Aber die Betriebe wurden doch auf Linie gebracht“, wenden manche ein: Im Faschismus, den die dt. Kapitalisten nutzten um einen Krieg vorzubereiten und zu betreiben, war die Richtlinie der kapitalistischen Betriebe klar auf Krieg gerichtet und da mussten auch manchmal Betriebe, die andere Interessen hatten, sich dem großen Interesse des Großteils des dt. Kapital, nämlich Krieg, unterordnen. Das war also die staatliche Kontrolle der Wirtschaft im Faschismus.

Im Sozialismus hingegen sieht die Sache so aus, dass der Staat als Organ der Arbeiterklasse dient um die Unterdrücker niederzuhalten. Die Wirtschaft wird dem Privatbesitz der Kapitalisten entzogen und liegt erstmals in den Händen des Volkes und nicht mehr in den Händen der Kapitalisten. Der Staat ist das ausführende Organ des Volks und führt die demokratischen Beschlüsse der proletarischen Demokratie durch. D.h., die Menschen können erstmals



Totalitarismustheoretiker und deren heilige schrift

selbst darüber bestimmen, was und wie produziert werden soll, und nicht irgendwelche kapitalistischen Zwänge. Dass die Arbeiter erstmals bestimmen, was produziert werden soll, ist ein gewaltiges Stück Demokratie. Und genau dafür müssen die Betriebe in die Hand des Volkes bzw. in die Hand des Arbeiter- und Bauernstaats. Und das wird nun bei den Totalitarismustheoretikern so gleichgesetzt, unter dem Hinweis,

dass hier wie da der Staat die Wirtschaft kontrolliert.

Genauso verhält es sich beim Nachrichtenmonopol. Auf der einen Seite wurden alle, die gegen die wütende Reaktion des dt. Kapitals was sagen wollten, durch den NS-Staat bekämpft. Die kommunistische und sozialdemokratische Arbeiterpresse wurde verboten, fortschrittliche Bücher verbrannt. Auf der anderen Seite stehen sozialistische Staaten. Dass der sozialistische Staat gegen alle Kräfte vorgeht und sie zum Schweigen bringt, die genau so etwas wieder errichten wollen, kann man ihm wirklich nicht vorwerfen, sondern es ist geradezu eine Notwendigkeit, um sich gegen die Lügen der Kapitalisten zu wehren. Ganz einfach gesagt: Stellt euch mal vor die Sowjetunion hätte während des 2. Weltkriegs bei sich faschistische Propaganda zugelassen und über die Radios gesendet – totaler Schwachsinn also, was die Herren Totalitarismustheoretiker da verzapfen.

Die Geschichte mit den Klassen und Rassen ist ebenso ekelhaft. Der Rassismus ist eine Ideologie, die dazu dient andere Länder zu überfallen und Menschen in Unterdrückung zu halten.

Dazu hatten sich die hohen Herren die Ideologie von angeblichen Rassen geschaffen, die die Menschen abstufen.

Auf der anderen Seite: Die wissenschaftliche Erkenntnis, dass in der Geschichte der Menschheit sich von einem gewissen Zeitpunkt an Klassegegensätze aufgrund von ökonomischen Verhältnissen gebildet haben, die es gilt zu überwinden. Dies hat nichts mit Rassismus zu tun. Klassenbewusstsein heißt, sich konsequent gegen die Ausbeuterklasse und die Verhältnisse, die diese Klassegegensätze erzeugen, zu stellen.

Wieder werden Dinge ganz oberflächlich vereinfacht um sie dann gleichzusetzen nach dem Motto: Na, der eine hat was gegen Rassen, der andere was gegen Klassen und damit sind sie gleich, weil sie beide irgendwas nicht mögen.

So kam es also dazu, dass den fortschrittlichen Arbeitern, den Kommunisten vorgeworfen wurde, sie verstoßen gegen die „Demokratie an sich“, wenn sie sich für eine andere Demokratie, eine bessere, eine Demokratie für die Arbeiter und nicht für die Kapitalisten einsetzen. Im Konkreten wurden dann immer wieder die Sowjetunion und gerade in der BRD massivst die DDR zu Unrechtssystemen abgestempelt, die mit dem Faschismus verglichen wurden. Auch antifaschistische Widerstandskämpfer wurden damit mit den faschistischen Mördern gleichgesetzt. Ein ganz großer Teil lief auch über den Anti-Stalinismus. Dort wurde Stalin mit Hitler gleichgesetzt. Alle kennen es selbst aus der Schule oder dem Fernsehen, es gibt kaum einen Namen, der so geschunden ist wie der Stalins. Dies geht bis weit hinein in die Linke.

Kurt Gossweiler brachte den Zweck dessen auf den Punkt: „Der Anti-Stalinismus ist heute tatsächlich das größte Hindernis für den Zusammenschluss der Kommunisten, wie er *gestern* der Hauptfaktor der Zerstörung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten war.

Welche Funktion hat denn der mit der Totalitarismustheorie betriebene Antikommunismus heute?

Zum einen konzentriert(e) sich der Antikommunismus darauf die Grundele-

mente des Sozialismus/Kommunismus als schlecht und verwerflich darzustellen: Es gilt auch heute weiterhin die Prämisse des Antikommunismus die Kommunisten zu bekämpfen. Sein Ziel: die Unterdrückung der fortschrittlichen Arbeiterbewegung, v.a. der Organisation der Arbeiterklasse. Damit geht er gegen alle Aspekte der fortschrittlichen Arbeiterbewegung vor: Antikommunismus ist daher immer auch Kampf gegen Antifaschismus, Kampf gegen Frieden, Kampf gegen Arbeiterrechte, Kampf gegen Aufklärung, Kampf gegen Demokratie zum Zwecke der Arbeiter. Also ein Antikommunismus, der sich gegen sein erklärtes Ziel, die Kommunisten, wendet. Diese Bedeutung hat er auch heute noch. Wollen die Herrschenden doch nicht riskieren, dass, wenn man die Zügel nachlässt, am Ende die Kommunisten gar wieder erstarken. Hier ist auch der Anti-Demokratismus einzuordnen, der stets ein wichtiger Teil des Antikommunismus war. Denn schließlich müssen die Herrschenden den fortschrittlichen Arbeitern die Sache so schwer als möglich machen. Diese Seite spüren wir tagtäglich auch am eigenen Leib.

Darüber hinaus scheint der mittlerweile über ein Jahrhundert eingepflegte Antikommunismus so erfolgreich in den Köpfen der Menschen verwurzelt dass er gar zu anderen Funktionen herangezogen werden kann. Dabei wird durch den Antikommunismus gerade in der BRD eine Opfergemeinschaft erzeugt: „Die Deutschen seien ja auch nur Opfer der Roten Armee geworden.“

„Die Deutschen wurden so arg vom Kommunismus gebeutelt.“ „Welch ‚Tyrannentum‘ die ‚armen‘ deutschen Faschisten in den von der Roten Armee befreiten Gebieten über sich ergehen lassen mussten.“ Zum anderen dient der Antikommunismus dazu die Täterrolle Deutschlands aufzuheben: Der Kommunismus sei das größte Menschheitsverbrechen kann man da hören – na klar, dann war der Faschismus ja halb so wild, so diese Denker.

An dieser Stelle sei Ernst Noltes *Der europäische Bürgerkrieg* zitiert: „das nazistische Deutschland müsse im Vergleich zu Stalins UdSSR fast als ein Rechtsstaat angesehen werden.“

Und am meisten treiben es die Her-

ren Nolte und Furet *Schwarzbuch des Kommunismus* auf die Spitze, indem sie behaupten, der Faschismus sei eine legitime Abwehrreaktion auf den „mörderischen“ Kommunismus gewesen und damit ja fast etwas, das man lobpreisen müsse.

In unserem Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung werden wir uns auch weiterhin mit den Angriffen unserer Klassenfeinde auseinandersetzen müssen. Doch ganz gleich, welche Lügen sie uns entgegenschleudern, wird das Morgenrot der sozialistischen Revolution den düsteren Himmel erleuchten.

LOB DES KOMMUNISMUS:

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.

Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.

Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.

Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen schmutzig

Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.

Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.

Aber wir wissen:

Er ist das Ende ihrer Verbrechen,

Er ist keine Tollheit, sondern

Das Ende der Tollheit.

Er ist nicht das Chaos

Sondern die Ordnung.

Er ist das Einfache

Das schwer zu machen ist.

Bert Brecht

Ray

Wir brauchen Europa. Europa braucht uns.“ So können wir es im Januar 2007 in viertelseitigen Zeitungsanzeigen der Bundesregierung lesen.

Seit Januar 2007 hat die Bundesregierung die Ratspräsidentschaft in Europa übernommen. Und hat die so genannte Europäische Verfassung, welche nichts Anderes ist als ein deutsches Militärdiktat gegen die Völker Europas, wieder offen und in Gänze auf die Tagesordnung gesetzt.

Nach dem niederländischen hatte zuletzt auch das französische Volk im Mai 2005 dieses Militärdiktat abgelehnt.

Trotzdem sind wesentliche Teile Schritt für Schritt EU-weit in Kraft gesetzt worden. Ohne die Völker Europas zu fragen.

So die sogenannte Solidaritätsklausel, die – auch militärische – Intervention in jedem EU-Land und die Unterwerfung unbotmäßiger Staaten „legal“ ermöglicht:

„(1) Die Union und ihre Mitgliedstaaten handeln gemeinsam im Geiste der Solidarität, wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist. Die Union mobilisiert alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Mittel, um (...) im Falle einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe einen Mitgliedstaat auf Ersuchen seiner politischen Organe innerhalb seines Hoheitsgebietes zu unterstützen.“

So die Bündnisverpflichtung innerhalb der EU zum Krieg, welche stärker ist als die der NATO.

So die Verpflichtung zur Aufrüstung für alle Mitgliedstaaten und die Einrichtung einer Rüstungsagentur zur Überwachung und Koordinierung der Aufrüstung.

Doch besser ist's für die Herrschenden hierzulande, wenn die schrittweise Unterwerfung Europas scheinbar friedlich und freiwillig geschieht. Dafür wäre eine Verkleidung in Form einer „EU-Verfassung“ für die deutsche Regierung derzeit durchaus noch brauchbar und wünschenswert. Und auch das Risiko, dass in Frankreich noch einmal mit „Non“ gestimmt wird, lässt sich mit

Unsere Herren brauchen Europa Und die Völker Europas sollen's friedlich dulden

dem Präsidentschaftskandidaten Sarkozy möglicherweise umgehen, wie die *Frankfurter Rundschau* am 18.01.2007 zu berichten weiß: „Der Kandidat der in Paris regierenden UMP, Innenminister Nicolas Sarkozy, will nur das Parlament damit befassen.“

Denn es gibt für die französischen Kollegen auch weiterhin sicher mehr als genug Gründe, lieber selber für ihre Rechte zu kämpfen, als dass die „Europäische Union (...) ihre Rechte als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ stärkt, wie die Anzeige der Bundesre-

Nicht nur in Jugoslawien, Afghanistan oder dem Irak sind Mitglieder der Bundespolizei als Polizeisoldaten, sondern auch in westlichen europäischen Staaten wie z.B. in Spanien zur Bewachung von Lagern. Schäuble: „Wir brauchen eine Erhöhung des Anteils mobiler Kräfte im Einzeldienst und eine Stärkung des Kräftepotentials für Auslandsverwendungen.“ (FR 18.11.2006)

gierung weiter verspricht.

Wieso sollten sie kampfflos auf eine 35h-Stunden-Woche per Gesetz verzichten? Oder ihren Rentenanspruch ab 60 gegen einen ab 65 (bald 67) Jahre wie in Deutschland eintauschen? Und, und, und.

Und wieso sollte das französische Volk für dieses Militärdiktat stimmen, wenn es sich an die Zeit der deutschen Besatzung erinnert?

Oder die anderen Völker Europas?

Nein, die Regierung Merkel geht auch nicht davon aus, dass es bereits während der offiziellen EU-Ratspräsidentschaft klappt, das Militärdiktat sicher auf den Weg zu bringen oder gar durchzusetzen. Um die Chancen zu steigern, dass das Deckmäntelchen „EU-Verfassung“ möglichst lange erhalten bleibt, wird kurzerhand die Zeit, in der Deutschland in der EU-Ratspräsidentschaft mitmischte, von einem halben Jahr auf eineinhalb Jahre verdreifacht. Wie das

geht? Nein, mit keiner EU-Bestimmung. Und schon gar nicht per vorheriger gemeinsamer Abstimmung mit den anderen 26 EU-Regierungen. Sondern handstreichartig durch die Einsetzung einer EU-Ratspräsidentschaftstroika.

Im Original liest sich das auf der Homepage der Bundesregierung am 17.01.2007 so:

„Erstmals hat Deutschland zusammen mit Portugal und Slowenien für 18 Monate eine Trio-Präsidentschaft übernommen. Daher traf die Kanzlerin im Anschluss an ihre Rede vor dem Parlament mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten José Sócrates und dem slowenischen Ministerpräsidenten Janes Jansa zusammen.“

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wusste am nächsten Tag zu berichten: „Auch Sócrates sprach sich für eine baldige Lösung der Verfassungsfrage aus.“ Wie von der deutschen Regierung tags zuvor gewünscht und vor dem Gespräch auf der Homepage bereits angekündigt.

Die EU-Ratspräsidentschaft ist also de facto bis Mitte 2008 unter deutscher Führung. In dieser Zeit werden sie versuchen, diese „EU-Verfassung“ durchzubringen.

Und gleichzeitig hat Innenminister Schäuble angekündigt, wie der deutsche Staat immer tiefer und fester in die anderen europäischen Staaten hineinzuregieren gedenkt – ob mit oder ohne Verfassung. Als nächster Schritt soll der „Vertrag von Prüm“ zu EU-weitem Recht werden.

Was ist der „Vertrag von Prüm“? Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt dazu am 16.01.2007 unter dem Titel „Die Revolution von Prüm“:

„Mit dem Vertrag von Prüm, den Deutschland, Österreich, die Beneluxstaaten, Spanien und Frankreich unterschrieben, begann eine neue Ära der Kooperation (...): Erstmals gestatten souveräne Staaten einander direkten Zugriff auf Informationssysteme der Polizei. (...) Das betrifft drei Daten-



gruppen: DNS-Zahlenreihen, Fingerabdrücke, Autokennzeichen. (...) Österreich und Deutschland sind die ersten beiden EU-Staaten und Prüm-Vertragspartner, die einen entsprechenden Austausch begonnen haben. (...) Anfang Dezember sandten deutsche und österreichische Polizei einander etwa 110.000 DNS-Datensätze zum Abgleich und erzielten dabei etwa dreitausend Treffer.“

Die Einführung in EU-Recht soll dabei ebenfalls gegen jegliche bestehenden Verfahrensweisen innerhalb der EU handstreichartig und möglichst ohne Ratifikation in den Mitgliedstaaten erfolgen.

Weitere Vorhaben wie die Einführung eines europaweiten Zentralregisters sind bereits angekündigt. Hier wird vorbereitet, dass nicht mehr nur in der BRD und der annektierten DDR, sondern europaweit die Bevölkerung optimal für die Kriegsvorbereitung und -führung erfasst und Gegner dieser Politik bekämpft werden können.

In der Zeitungsanzeige steht weiter: „Wir leben in Frieden mit allen unseren Nachbarn.“

Was nicht dort steht:
In scheinbarem Frieden, so lange, wie wir friedlich dulden, dass unsere Herren unsere Nachbarn ausplündern. So lange, bis unsere Nachbarn, und nicht nur diese, sich wehren.

Wuide

Die Bundesregierung spricht nicht mehr vom Frieden, sondern wirbt offen für den Krieg nach innen und außen, der im Weißbuch ohne Einschränkung geplant wird. In aller Öffentlichkeit wird darin die weitere Militarisierung der Gesellschaft mit Heimatschutz, den ganzen neuen zentralen Ämtern zur zivilmilitärischen Zusammenarbeit und allem, was der Bundesregierung zur Durchsetzung „deutscher Interessen“ weltweit und im Lande sonst noch nötig erscheint, beschrieben.

Mit den Bildern von Totenschädeln und Grabschändungen in Afghanistan durch deutsche Soldaten wird das Volk wieder daran gewöhnt, wie der Krieg deutscher Herren aussieht, auch wenn die Bilder jetzt noch als Skandal daherkommen. Bald werden es „gewöhnliche Bilder“ sein.

Wir sollen zu Mitwissern gemacht werden. Keiner wird hinterher sagen können, er hätte es nicht wissen können.

Auch wenn wir am Anfang noch wenige sind, es wird Zeit, dass wir es nicht mehr dulden und dagegen kämpfen!

Abonnement

Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 Euro (Förder-Abonnement: 15 Euro). Den Betrag habe ich

() in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.

() auf das Konto
Nr.: 55 83 82 20 05
bei der Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Impressum

Die FANFARE, das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend, erscheint, sobald genügend Artikel dafür vorhanden sind.

Also: Schreibt uns, was bei Euch los ist oder was Euch eben sonst noch aus der Feder fließt. Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber ist der
Zentralrat. E.i.S
V.i.S.d.P.: Ringo Ehlert
c/o FDJ Zentralrat
Karl Liebknecht Haus
Weydingerstr 14-16
10178 Berlin
Tel./Fax: 030-24 00 92 11

e-Mail: Fanfare@FDJ.de
Internet: www.FDJ.de

Spendenkonto:
Inhaber: FDJ
Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00
Konto Nr.: 55 83 82 20 05

Propaganda:

„GERMANS GO HOME!“
Aufkleber 12,7 x 10 cm ·
wetterfest
15 ct/stück · 10 Stück=100 ct

Fanfare-Zeitung Nr. 40
Erschienen 01. Oktober 2006
32 Seiten · 100 ct/stück
Beides zu beziehen über
Fanfare@FDJ.de

Aus einer Mitteilung der Presse der Bundeswehr vom 5.1.2007:

„Nach erfolgreicher Erprobung in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz hat Verteidigungsminister Dr. Jung die Neuordnung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit zur Unterstützung des Landes- und Kommunalbehörden u.a. im Katastrophenfall für alle Bundesländer angeordnet.“

Was hier lapidar klingt, hat es in sich. Der Heimatschutz wird völlig neu aufgebaut.

Anstelle von Offizieren der aktiven Truppe auf Ebene der Bezirksregierungen wird zukünftig in allen 426 Kreisen und Kreisfreien Städten und 31 Bezirken jeweils ein Verbindungskommando mit 12 Dienstposten aus Reservisten aufgestellt. Insgesamt kommen über 5.500 Reservisten, darunter 3.650 Offiziere, zum Einsatz. Sie erhalten entsprechende Büros in den zivilen Ämtern z.B. auf Kreisebene, meist im Landratsamt, und sind im Einsatz gegenüber der Bundeswehr weisungsgebunden.

Getestet wurde der Heimatschutz 2006 bei der Vogelgrippe auf Rügen oder der Fußballweltmeisterschaft. Bis zum 30.6.2007 soll der neue Heimatschutz im ganzen Land aktiv sein.

Der Vorteil für die Bundeswehr:

Es kommt zu einer Entlastung der aktiven Truppe, zu einer erhöhten Durchdringung der Bevölkerung und zur Anbindung und Unterordnung der zivilen Kräfte unter die Bundeswehr sowohl im Land als auch für den gemeinsamen Einsatz im Ausland bei der Besetzung fremder Länder. Außerdem dient das neue Heimatschutzkonzept der Aktivierung des Reservistenpotentials bereits in Friedenszeiten. Derzeit sind nach eigenen Angaben der Bundeswehr 6-8 % aller Soldaten im Auslandseinsatz bereits Reservisten. Immer öfter kann die interne Regel der Bundeswehr, dass jeder Soldat maximal alle 2 Jahre für 6 Monate in einen Auslandseinsatz kommt, nicht mehr eingehalten werden.

Während die Bundeswehr also die Strukturen für eine dauerhaft aktive Einsatzbereitschaft der Bundeswehr

Heimatschutz meldet: Ab dem 30.06.2007 vollständig einsatzbereit für den Quasi-Verteidigungsfall.

nach innen schafft, will Schäuble diese jetzt auch noch grundgesetzlich verankern und, wie die *Süddeutsche Zeitung* am 2.1.2007 schreibt, den „Quasi-Verteidigungsfall“ schaffen. Das heißt: Er will in Friedenszeiten den Kriegszustand im Innern verkünden lassen. Durch eine Änderung des Grundgesetz, die alle unantastbaren Grundrechte außer Kraft setzt. So soll der neue Verfassungsartikel 87a Absatz 2 deshalb lauten: „Außer zur Verteidigung sowie zur unmittelbaren Abwehr eines sonstigen Angriffs auf die Grundlagen des Gemeinwesens dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“

17 Jahre, nachdem sich die BRD die DDR einverleibt hat, sind die Herrschenden offensichtlich immer stärker gezwungen, ihren Gewaltenapparat auszubauen, und nicht nur für den Krieg nach außen.

Wuide

Auch die DDR erweist sich zunehmend als schwerer verdaulich, wie eine Umfrage der Volkssolidarität zeigt:

15 Prozent der DDR-Bürger wollen mittlerweile ihr Land wieder zurückhaben. Und weitere 63 Prozent fühlen sich auf alle Fälle nicht als Bundesbürger. (*Frankfurter Rundschau* vom 17.01.2007)

Das Sicherheitsprofil stellt heute vor neuen und zunehmend komplexen Herausforderungen. Internationalistische Politik, neue Terror- und islamische islamische Konflikte fordern Reaktionen auf neue Weise. (Zitat: *Frankfurter Rundschau*, 17.01.2007)

Wie begegnen wir heute dem internationalen Terrorismus?

WWW.WEISSBUCH.DE

Die Bundeswehr – Letzte Chance der Jugend? Nicht mit uns!

Straßentheater gegen den sozialen und politischen Notstand der Republik

Als Bremer FDJ-Gruppe arbeiten wir in dem Kinder- und Jugendprojekt „Die Tage der Commune“ mit. Normalerweise stehen wir mit diesem Stück von Bertolt Brecht auf der Bühne. In den Sommerferien hatten wir aber angefangen, uns näher mit der sozialen Situation der Jugend und den derzeitigen Angriffen auf die Demokratie auseinander zu setzen. Das führte uns zu der Überzeugung: dagegen müssen wir etwas unternehmen und wir beschlossen, die Bühne gegen die Straße einzutauschen. Wir haben ein kleines Kulturprogramm vorbereitet und ein Flugblatt geschrieben.

Aus dem Flugblatt „Die Jugend ist die Zukunft“ des Kinder- und Ju- gendprojektes „Die Tage der Com- mune“ Brecht/Eisler:

Ausbildungsplatzmangel

Ende September 2006 haben 49.500 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz bekommen (das ist der Höchststand seit 1990). Nicht eingerechnet die 400.000 Jugendlichen, die bei der Bundesagentur für Arbeit in Warteschleifen hängen. Die also z.B. mit „1-Euro-Jobs“ oder unnötigen Praktika seit Jahren darauf warten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Die abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2005 lagen bei 550.200, demgegenüber standen 948.200 Schulabgänger.

Armee der Arbeitslosen

Viele Jugendliche verpflichten sich bei der Bundeswehr, weil sie sonst keine Möglichkeit sehen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr ermittelte bei einer Umfrage im Jahre 2003, dass 30% der männlichen Jugendlichen zur Bundeswehr gehen, weil sie sonst keine Chance auf eine Ausbildung haben. Die Agentur für Arbeit unterstützt diese Tendenz durch zahlreiche örtliche Kampagnen für und

mit der Bundeswehr. Den Jugendlichen wird die Bundeswehr als moderner Arbeitgeber mit guten Verdienstmöglichkeiten und einem sicheren Arbeitsplatz präsentiert. [...]

Gegen Hartz und Staatsumbau

Das Leben der Jugend und aller anderen Werktätigen wird nicht nur durch die Hartz-Gesetze bedroht. Viele Maßnahmen der Herrschenden bedrohen auch die Demokratie. Neben dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren werden auch die Befugnisse sämtlicher Polizeien und Geheimdienste erweitert. Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst wird widerrechtlich gebrochen und zahlreiche Grundrechte werden eingeschränkt. Schon einmal in der deutschen Geschichte wurde



Quelle: www.Bundeswehr.de - KEINE FOTOMONTAGE!

die Demokratie bis zur Unkenntlichkeit abgebaut, das Ergebnis war der Faschismus. Solange es keine Garantie gibt, dass sich diese Geschichte nicht wiederholt, müssen wir alles tun, um diesen Staatsumbau zu verhindern.

Damit wir in der Bremer Innenstadt auch wahrgenommen werden, haben wir ein kleines Stahlfass-Orchester zusammengestellt. Dazu studierten wir ein kleines Stück ein und dichteten das Lied „We will rock you“ um.

Aus unserem Stück:

Politiker 3: Sie sind jung und arbeitslos?

Politiker 1: Sie brauchen eine Berufsausbildung?

Politiker 2: Sie streben eine Karriere mit Abitur oder Realschulabschluss an?

Politiker 3: Kein Geld für Studiengebühren?

Politiker 1: Verpflichten Sie sich bei der Bundeswehr!

Politiker 2: Denn da liegen Sie richtig!

Politiker 1: Die Bundeswehr. Immer interessant. Immer auf dem neuesten Stand.

Politiker 3: Das Heer bietet Ihnen die neuesten Möglichkeiten, sich in der „Crowd and Riot Control“ zu spezialisieren. Lernen Sie bei der Kontrolle von Menschenmengen und Unruhen die neuestens chemischen und technischen Kampfmethoden, um sich im Ausland wie zu Hause immer auf sicherem Boden zu bewegen.

Politiker 2: Sie wollen zur See. Unsere Fregatten erwarten Sie an der libanesischen Küste. Machen Sie mit beim Entern verdächtiger Schiffe.

Politiker 1: Oder werden Sie Fall-

schirmjäger. Dort erwartet Sie eine neue Aufgabenstellung. Wir kämpfen nicht mehr gegen Armeen, sondern gegen irreguläre Kräfte. Deutsche Fallschirmjäger jagen Terroristen in Afghanistan, Dschibuti und anderswo.

Geldsack: Sie sehen: Unser Feld ist die Welt. Wir bieten Ihren Kindern eine Ausbildung und Zukunft. Darauf können Sie sich verlassen. Todsicher!

Am 17., 18. und 19. Oktober sind wir dann mit unserm Straßen-Programm in die Bremer Innenstadt gezogen, wo wir es mehrmals aufführten. Zu unserem

Erstaunen blieben jedes Mal 30 bis 70 Passanten stehen. Es waren zu sehen: begeisterte Familienmitglieder und Freunde, ver.di- und DaimlerChrysler-Kollegen, die das Programm zum Teil mehrmals anschauten, Mütter, die ihre Kinder vor der Politik in Sicherheit zu bringen suchten, Kinder, die sich im Widerstand übten, Fußball-Fans von Sofia Bukarest, die uns ihre Achtung zollten, ganze Familien in heiße Widersprüche verstrickt, ein anliegendes Café in reger Diskussion, viel Nachdenklichkeit sowie laute und leise Zustimmung bei den Passanten. Die Hetzer trauten sich nicht offen hervor. Und immer gab

es Applaus. Insgesamt war die Aktion ein großer Erfolg.

Julia



Auf unserer Winterschule besuchte uns Giulio, ein kubanischer Student, der sich auf einem Studienaufenthalt in Berlin befindet. Wir hatten die Gelegenheit, ihn über die Situation in seinem Land zu befragen.

FDJ: Wie reagieren die Menschen, wenn Du ihnen sagst, dass Du aus Kuba kommst?

Giulio: Viele fragen mich, ob ich zurück nach Kuba gehen möchte. Eine zweite Frage ist die nach dem Gesundheitszustand von Fidel. Viele Leute hier glauben, dass die kubanische Revoluti-



Giulio himself

on nur von Fidel Castro abhängt. Aber, auch wenn er der glaubwürdigste Repräsentant des Willens von Millionen ist, sind es eben diese Millionen Kubaner, die die Revolution unterstützen und durchführen. Deswegen freue ich mich so, Menschen zu treffen, die verstehen, dass ich auf jeden Fall nach Kuba zu-

rückgehen werde und die Respekt vor der Revolution und vor Kuba haben.

FDJ: Wie ist die „Schlacht der Ideen“ entstanden?

Giulio: Das ist eine Art Revolution in der Revolution, die wir seit dem Jahr 2000 durchführen. Aber schon als die sozialistischen Länder in Europa ihre Reformen durchführten, deren Ergebnis wir alle kennen, begannen wir einen Prozess, den wir als Vorläufer des „Kampfes der Ideen“ sehen. Wir nennen ihn „Prozess der Berichtigung von Fehlern und falschen Tendenzen“. Er setzte ab 1986 ein. Die Reformen in Europa beinhalteten ein langsames Abrücken von den sozialistischen Ideen und die Einführung kapitalistischer Elemente. In Kuba geschah das genaue Gegenteil. Wir versuchten, den revolutionären Prozess zu vertiefen und die kapitalistischen Elementen zu eliminieren.

Dann kam die Krise nach 1989/90, welche diesen Prozess sieben Jahre lang stoppte. Wir sagten damals: „Was wir im Moment tun, ist nicht die Errichtung des Sozialismus, sondern wir leisten Widerstand.“ 1997 sagte dann unser Wirtschaftsminister, dass ab nun wieder damit begonnen würde, den Sozialismus aufzubauen. Es ging natürlich vor

allem um die Ökonomie. Der Prozess, der dann begann, bestand darin, die Probleme des täglichen Lebens und der Organisation des Landes eins nach dem anderen anzugehen. Es wurde eine Bilanz aufgestellt, in welcher die positiven Errungenschaften und die gemachten Fehler gegenübergestellt wurden. Zwar überwogen die positiven Errungenschaften, doch im Prozess des Aufbaus des Sozialismus kann man sich damit natürlich nicht zufrieden geben. Man muss einen Fehler nach dem anderen korrigieren, jede Verbesserungsmöglichkeit angehen, und so wurde der Kampf der Ideen geboren.

FDJ: Wie sieht die Schulbildung in Kuba aus?

Giulio: 100 Prozent der kubanischen Kinder besuchen die Grundschule, 97 Prozent erreichen einen mittleren Abschluss, schaffen also die 9. Klasse. 80 Prozent machen das Abitur. Es ist eine große Errungenschaft, dass so viele Kinder bei uns in Kuba das Abitur machen. Aber die 20 Prozent, die kein Abitur machen, die 3 Prozent, die nicht die Mittelschule abschließen, das sind trotzdem tausende Kinder, und damit können wir uns nicht zufrieden geben. Die „Schlacht der Ideen“ beinhaltet

Im Gespräch: Giulio, Gaststudent aus Kuba

deshalb auch die Frage, wieso diese Menschen nicht motiviert waren zu lernen und zu arbeiten, da man doch normalerweise im Leben immer ein Ziel vor Augen hat, welches man erreichen möchte. Wenn sich aber so viele Menschen entscheiden, nicht mehr zu lernen, dann stimmt etwas nicht.

FDJ: Und welche Maßnahmen werden deshalb ergriffen?

Giulio: Anfangs dachten viele, diese Leute wollten einfach nur nicht arbeiten, weil doch die Möglichkeit dazu schließlich vorhanden war. Aber das eigentliche Problem wurde nicht verstanden. Einerseits glaubten diese Leute nicht, dass sie mit ihrer Arbeit etwas Nützliches machen würden, und andererseits sahen sie keinen ausreichend ökonomischen Anreiz.

Kadern des kommunistischen Jugendverbandes wurde die Aufgabe gegeben, in jedes Haus zu gehen und die Jugendlichen, die nicht zur Schule oder zur

ropa sind zusammengebrochen. Inwiefern ist die Möglichkeit des Scheiterns der kubanischen Revolution bei euch ein Thema?

Giulio: Fidel Castro hat in einer berühmten Rede in der Universität Havanna darauf hingewiesen, dass wir dadurch, dass wir uns im Moment im Prozess des Aufbaus des Sozialismus befinden, nicht automatisch vor Fehlern geschützt sind und deshalb Wachsamkeit von Nöten ist. Es war eine Erinnerung daran, dass, wenn wir unsere Sache nicht gut machen, jeden Tag, wir auch an einen Punkt geraten können, an dem dieser Prozess zerstört werden könnte. Fidel erinnerte uns daran, dass das Scheitern in diesem Falle unsere Verantwortung wäre. Das wäre für uns das Schlimmste, was passieren könnte. Es wäre unverzeihlich, wenn wir „das Schwert aus unserer Hand fallen lassen“ würden, wie unser Nationalheld, Jose Marti über den ersten unabhängigkeitskrieg sagte. Deshalb auch die „Schlacht der Ideen“.

FDJ: Was ist die Schwierigkeit beim Aufbau der sozialistischen Ökonomie?

Giulio: Im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaftsweise existiert über sie kein Buch, welches ihre Funktionsweise genau erklärt. Die Ökonomie des Kapitalismus ist erforscht, da sie historisch gewachsen ist, man ihre Kindheit,

ihre Reifestadium und auch schon ihre Altersschwäche kennt. Da es – so ist zumindest die allgemeine Meinung in Kuba – noch nicht einmal in der Sowjetunion eine voll entwickelte sozialistische Wirtschaft gab, es deshalb auch keine „festen Regeln“ gibt, müssen wir jeden Tag aufs neue improvisieren. Fidel Castro sagte dazu, dies sei ein „handgestrickter Prozess“. Das heißt, wir müssen noch viel ausprobieren, da wir nicht in der Lage sind, die Ergebnisse unseres Handelns in 10 Jahren zu prognostizieren. Im Moment versuchen wir, die Wirtschaft neu zu strukturieren. 2005 gab es ein Wirtschaftswachstum von 11,8 Prozent, während der Durchschnitt in Lateinamerika bei 5 Prozent lag. 2006 hatten wir ein Wachstum von 12,5 % Dies wurde erreicht, indem wir unsere Ressourcen besser eingeteilt haben, besonders im Energiesektor, durch Verbesserungen in der Infrastruktur und Senkung des Verbrauchs.

Ich kann euch nur raten, nach Kuba zu kommen und euch mit eigenen Augen unsere Wirklichkeit anzusehen. Sie ist sehr spannend und anders, als die meisten Leute denken.



Universität gingen und nicht arbeiteten, anzusprechen, um die Gründe für ihr Verhalten zu erfahren. Es war erstaunlich, wie viele dieser jungen Menschen, schon allein aus dem einfachen Grund, dass sich jemand für sie interessiert und mit ihnen geredet hat, wieder auf die Angebote eingegangen sind, die für die meisten Kubaner selbstverständlich sind. Es wurden für sie auch extra neue Schulen geschaffen, an denen zum Beispiel Kunstlehrer ausgebildet werden. Auch wurden die Quoten für die Studienplätze erweitert. Ich habe selbst einige Gruppen dieser Jugendlichen in der Universität unterrichtet, und das Gefühl der Dankbarkeit war unglaublich. Es war keine Dankbarkeit für den kostenlosen Studienplatz, sondern vielmehr dafür, dass jemand Interesse an ihnen und ihrer Zukunft gezeigt hat.

FDJ: Die sozialistischen Staaten in Eu-

DIE FDJ FÄHRT NACH KUBA!
 Vorbereitungswochenenden zur Delegationsreise im Juli

Vom 30.3. bis 1.4.07:	Vom 23. bis 24.6.07:
Seminar "Woher kommen wir?"	Seminar "Wohin fahren wir?"
+ BRD und annektierte DDR	+ Kuba und seine
+ Kriegsvorbereitungen der BRD	Revolutionsgeschichte
+ soziale Lage in Ost und West	+ aktuelle Situation in Kuba
	+ Lateinamerika und die Aktivitäten des deutschen Imperialismus

AUCH FÜR LEUTE INTERESSANT, DIE NICHT NACH KUBA FAHREN!
 Mehr Infos und Anmeldung unter: cuba2007@fdj.de

Dieser Ausspruch stammt von Alvaro Cunhal, dem im letzten Jahr verstorbenen langjährigen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Portugals (PCP). Und unter diesem Motto fand Mitte Mai also fast unmittelbar nach den „Himmlischen Vier“ der 8. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Portugal JCP in der Nähe von Porto statt. Zu diesem alle 3 Jahre stattfindenden Ereignis hatte die FDJ eine Einladung erhalten und daran teilgenommen, sowie weitere internationale Gäste aus Indien, Spanien, den Kapverden, Angola, Brasilien um nur einige zu nennen. Welchen Stellenwert diese Veranstaltung/dieser Jugendverband besitzt, beweist auch die Tatsache, dass der Vorsitzende des WBDJ, Giovanni Barrueta, anwesend war. Sehr viel Aufmerksamkeit wurde der KSM geschenkt. Bekanntlich sind unsere tschechischen Genossen inzwischen verboten worden. Diese Zuspitzung des Antikommunismus in der Europäischen Union könnte sich zu einem Präzedenzfall entwickeln, dessen weiterer Verlauf beobachtet werden muss. Schon deshalb gehört dem KSM im Kampf unsere vollste Solidarität. Wir haben bereits im vergangenen Jahr eine entsprechende Soli-Adresse übermittelt und sie bei dieser Gelegenheit bekräftigt.

Zum Kongress selbst: 699 Delegierte diskutierten, wählten usw. stellvertretend für alle Mitglieder der JCP.

Nur ein Beispiel für die fundierte Kongressvorbereitung, die sich in einem achtzig seitigen Arbeitspapier ausdrückte, welches für uns internationale Gäste in englisch und spanisch übersetzt wurde. Das Papier präsentierte eine Analyse, die alle Bereiche der Gesellschaft beinhaltete, was ein Blick auf die Gliederung von internationaler Situation über die nationale Situation in der Politik und speziell den Jugendrechten bis hin zum Kampf der Jugend und ihrer Bewegung sowie die Verknüpfung zur PCP augenscheinlich machte.

Und bei alledem ist es kein Widerspruch, wenn die portugiesischen Genossen sagen, dass das Wichtigste an solch einem Kongress die Vor- und Nachbereitung mit der Mobilisierung der Jugend, Propaganda, die theoretische Vorbereitung und lebendige Diskussion ist.

Dieser Jugendverband lehnt sich sehr

Transformar o sonho em vida Transform the dream into life

eng an die Kommunistische Partei (PCP) an. Diese engen Verflechtungen und Wechselwirkungen wurden nicht nur durch die Sprechchöre während der Konferenz, das Hoch-leben-lassen in fast jedem Wortbeitrag auch für uns „Außenstehende“, unüberhörbar, sondern dadurch unübersehbar, dass der neue Parteivorsitzende Jeronimo de Sousa während des gesamten Kongressverlaufs anwesend war. Nach dem eigentlichen Kongress nahm er sich die Zeit zu einem gemeinsamen Abendessen in der örtlichen Zentrale der PCP, wo er sich persönlich bei jedem einzelnen internationalen Delegierten für die Teilnahme bedankte.

Zu den Eindrücken dieses Portugal-Wochenendes gehörte auch eine Demo durch die abendlichen Strassen von Villa Nova de Gaia, etwas Besonderes deshalb, weil der Beginn für 21 Uhr auf einem Platz angesetzt war, der zunehmend von den Roten Fahnen der JCP, dem Gesang der jungen Genossen (Internationale, Avante) beherrscht wurde und das Selbstbewusstsein demons-

trierte. Selbst nach so einem langen Kongresstag war die Stimmung sehr mitreißend. Insbesondere auch, wie man mit wenig Schlaf ein ungeheures Arbeitspensum absolvieren kann und bei alledem immer gut gelaunt bleibt. Schließlich galt es, diese Gelegenheit auch dafür zu nutzen, nicht nur mehr über die Situation in Portugal selbst, sondern auch über Land und Leute der anderen internationalen Gäste zu erfahren sowie über die Situation in unserem Land zu berichten. Dazu Näheres im Bericht, der über die internationale Abteilung abgefordert werden kann.

international@fdj.de

Freundschaft,

Sandy+marina



Erinnerungssinschrift an die Nelkenrevolution

In einem unbekanntem Land

Was machen rund 35 junge Leute zwischen Weihnachten und Neujahr auf einem abgelegenen Campingplatz in Thüringen?

Sie folgen einer Einladung der FDJ zur Winterschule 2006/07, um sich mit der Geschichte der Freien Deutschen Jugend und der Deutschen Demokratischen Republik auseinanderzusetzen.

In der Schule, in der Universität, auf der Arbeit, in den Medien – nahezu überall wird über dieses unbekanntem Land hergezogen. Wie aber kann ein Land so schlecht gewesen sein, dass Bürger eines Staates, der Hartz-Gesetze verabschiedet, der die Bundeswehr auf der ganzen Welt einsetzt und der auf dem besten Weg ist zu einem totalen Überwachungsstaat zu werden, wie können sich Bürger eines solchen Staates trauen, so über dieses Land herzuziehen?

Um diesen bodenlosen Vorurteilen in Zukunft besser entgegenzutreten zu können, hatten einige Teilnehmer Referate über die Entstehung, das Bestehen und das Ende der DDR vorbereitet. Nach einem faktenreichen, aber doch nun mal sehr theoretischen Vormittag besuchten wir das Optische Museum Jena. Im Museum und im Gespräch mit einem ehemaligen Kombinarsarbeiter erfuhren wir über die Geschichte der Optik und des Carl-Zeiss-Betriebes. Die Arbeitsweise und der Aufbau des Kombinates in der DDR, weswegen wir eigentlich da waren, kamen dabei leider deutlich zu kurz. Am Abend bekamen wir dann Besuch von der „Grupo de Canto Ernesto Ché Guevara“ aus Dresden. Sie erzählten uns mit ihren Eindrücken aus eigenen Erfahrungen und mit musikalischen Beispielen die Geschichte der Singgruppen in der DDR.

Am nächsten Tag lernten wir in Referaten über die Entstehung der FDJ im Exil und über die Arbeit der FDJ in der BRD und in der DDR. Dazu bekamen wir von Harry Albrecht einen lebhaften Bericht über seine Aktivitäten in der FDJ. Er erzählte, wie er für die FDJ in die BRD fuhr, um dort einen sowjetischen

Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland unter die Menschen zu bringen. Er und seine Mitkämpfer wurden allerdings direkt hinter der Grenze aufgehalten, sodass er im weiteren über seine Erfahrungen im Helmstedter Gefängnis berichten konnte. Für den Abend hatten das Bremer Kinder- und Jugendprojekt „Die Tage der Commune“ und die „Roten Trillerpfeifen“ aus München ein Straßentheater über den Notstand der Republik bzw. ein Agitprop-Programm über die Jahre 1945 bis 1990 vorbereitet.

Diesem Freitag folgte ein fast nahtloser Übergang in den folgenden Samstag. Hatten sich die unermüdlichen Transparentmaler am Abend zuvor noch mit Kaffee und Nikotin bis rund 5:00 Uhr morgens bei Laune gehalten, hieß es zwei Stunden später bereits „Frühstück, Bus, Abfahrt“. Zielort war Dresden. Bevor es aber zur Brücke „Das Blaue Wunder“ und damit zur eigentlichen Aktion ging, fanden sich die Teilnehmer der Winterschule in einem geräumigen Clubraum der Linkspartei ein. Auf der Tagesordnung stand nämlich noch ein Zeitzeugen-Gespräch mit vier ehemaligen Bürgern des besseren Deutsch-

lands. Neben Heike Cienskowski, Christel Hennig und Augustin Hoche auch der Theologe Heinrich Fink, Aktivist der Aktion „Das Begräbnis oder die Himmlischen Vier“. Alle Vier gaben einen persönlichen Einblick in ihren Alltag in dem vor 17 Jahren von der Bundesrepublik Deutschland annektierten Staat. Vor allem in der Dementierung allgemeingültiger Lügen über die DDR (z.B. über die Berliner Blockade oder die Mauerschützen) wurde sich widerspruchslos ergänzt. Am Nachmittag besuchte die FDJ-Winterschule dann das „Blaue Wunder“, eine 296 Meter lange Brücke über die Elbe. Das knapp 50 Meter lange Seitentransparent mit der Losung „Lieber sozialistische Experimente als großdeutsche Katastrophen – www.FDJ.de“ wurde über die Brüstung gehängt. Die Brücke, in ihrer Dekoration noch nicht komplettiert, bekam von zwei Aktivisten im FDJ-Blauhemd ein krönendes, gut sichtbares, dunkelblaues Transparent direkt über die dreispurige Fahrbahn geknotet. Losung: „Stoppt den deutschen Kriegskurs nach innen und nach außen – www.FDJ.de“. Passend zur momentanen Kriminalisierung des FDJ-Symbols trug jedes der beiden Transpis natürlich ein verhältnismäßig großes Emblem der Freien Deutschen Jugend auf dem Gewebe. Das lange Seitentransparent wurde nach ein paar Fotos vorausschauend entfernt. In wenigen Minuten waren die Bullen auch schon alarmiert und hatten sich zum klärenden Plausch unter dem noch hän-



Augustin Hoche, in der DDR vom KFZ-Schlosser zum Professor, Christel Hennig, baute die FDJ in Dresden mit auf



Urgranit der FDJ-Geschichte:
Harry Albrecht

genden Transparent eingefunden. Fix wurde das Flattern eines Transpis an einem Stahlträger mit dem Sitzen zweier Blaumänner direkt daneben zusammenkombiniert und ein weiterer Bullenwagen als Verstärkung gerufen. Scheinbar unbewusst hatte die Staatsgewalt dann das bisweilen rare Publikum multipliziert und für Aufmerksamkeit gesorgt. Leute stiegen vom Fahrrad, kamen aus den Bäckerstuben. Es gab Zustimmung, aber auch Kritik. Rufe wie "Lasst es dran", "Weiter so", "Super" waren faszinierend deutlich zu vernehmen. Quintessenz: Die Brücke wurde bis zur nächsten Kreuzung voll gesperrt, und was zwei Aktivisten schufen, konnte nur mit zwei Drehleiterwagen und einem Einsatzfahrzeug der Feuerwehr entfernt werden. Eine Anzeige gibt es

unter anderem wegen §86 – „Tragen verfassungsfeindlicher Symbole“.

Am Sonntag, den 31.12.06, gab es zum Vormittag die Möglichkeit, mit einem Zeitzeugen eines noch bestehenden sozialistischen Staates zu sprechen. Julio aus Kuba, der zur Zeit in Deutschland studiert, war Gast der FDJ-Winterschule. Ein offener Kämpfer in einer Revolution, die vor vielen internen und äußeren Probleme steht. Julio hat über die aktuellen ökonomischen Bedingungen und die sich bildenden Widersprüche in Kuba erzählt.

Tja, der Rest des Tages lief relaxt ab. Silvestervorbereitung, vorschlafen und all so ein Kram halt. Dann gab's lustige Spiele, und was so zu Silvester gehört. Mit der „Internationale“ starteten wir gemeinsam in ein hoffentlich erfolgreiches, aber auf jeden Fall kämpferisches Jahr 2007!

Dennis & Nele



Prof. Dr. Heinrich Fink- und der
Saal lauscht



Buchbesprechung

Friedrich Wolff: Einigkeit und Recht

Verlag edition ost. ISBN: 3-360-01062-0. 12,90€

„Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren“

Klaus Kinkel, September 1991
auf dem Deutschen Richtertag

Das Buch des DDR-Juristen Friedrich Wolff stellt sich den Fragen, wie es zur Verurteilung des souveränen Staates DDR, zur Bezeichnung „SED-Unrechtsregime“, legalisiert am 03.10.1990 im Einigungsvertrag, kommen konnte. Wie politische Justiz vor dem Kaiserreich, im Deutschen Reich und danach ausgesehen hatte. Welche Wurzeln die BRD als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches 1949 übernahm und wie sie der Bevölkerung der DDR entgegen trat, oder besser, sie zertrat. Er räumt mit Stammtischparolen und Unwissenheit auf.

Ein zentrales Thema zieht sich durch das gesamte Buch – die Frage der politischen Justiz. Es gab sie in allen politischen Systemen (Klappentext), sie ist kaum definierbar, statistisch schwer erfassbar, da sie „nirgendwo ein Vorzeigebjekt“ sei. Was Friedrich Wolff sehr gut gegenüberstellt, ist aber, dass sie Ausdruck der jeweilig herrschenden Klasse ist.

Sah politische Justiz im deutschen Biedermeier so aus, dass Zielsetzungen wie der Burschenschaften 1831 wie: „ein frei und gerecht geordnetes, in Volksfreiheit gesichertes Staatsleben im deutschen Volk herbeizuführen“ (S.19) mit grausamen Todesstrafen von Friedrich Wilhelm III. bestraft wurden, hatten Bismarck, Wilhelm II. und Co. mit Sozialisten, sowie „anderen Feinden“ mehr vor, wie in der sogenannten Hunnenrede (S.33 Zitat) und anhand der Todesopfer des 1. Weltkrieges eindrücklich geschildert wird. Friedrich Wolff resümiert: „Politische Justiz in Deutschland bedeutete von 1800-1945 immer Justiz von rechts gegen links, immer die Verfolgung von Demokraten sowie Sozialisten/Kommunisten zur Aufrechterhaltung der Privilegien des

Adels und der Reichen. Erstmals 1945, nach Zerschlagung des Hitlerregimes, wird dies – vorübergehend – anders.“ Was nicht ganz uninteressant ist, wenn sich heute Regierungen, Medien auf die glorreiche Preußenzeit stürzen, um den „Glorienschein“ wieder auf gute preußische Tugenden zu lenken, zu wissen, wo sie eigentlich hin wollen.



Der zweite Teil des Buches befasst sich mit der politischen Justiz nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD und der DDR. In der BRD galten nach 1945 immer noch die Gesetze des Deutschen Reiches. Die Gerichte verfolgten weiterhin eher Kommunisten, was z.B. zwischen 1961-64 bis zu 18,6% der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren ausmachte (S.57). Auf dem rechten Auge war die Justiz konsequent blind. Regierungen erließen Gesetze über die Gewährung von Straffreiheit für Verbrechen in der Zeit des Faschismus (S.52). Gerichte hatten Mühe, z.B. die 6652 verordneten Tötungen des Euthanasiearztes und Mitglied der Leibstandarte Adolf Hitler, Dr.med. Borm, als etwas anderes denn als „hauptsächlich einen Akt der

Barmherzigkeit“ (S.53) „gedachte“ Taten anzusehen und ihn freizusprechen. Letztlich verwundert es nicht, da rund 80% der wiedereingesetzten Justizbeamten aus der Nazizeit stammten und von einer Re-Nazifizierung gesprochen werden kann. So wurde in einem Urteil des BGH 1995 (!) zugegeben, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Justiz insgesamt fehlgeschlagen war (S.51, 52). Friedrich Wolff beschreibt weiter die erste antifaschistische Auseinandersetzung in der BRD auf bürgerlicher Ebene in den 60ern bis hin zur Roten Armee Fraktion und deren Verurteilung. Er kontrastiert dabei immer wieder die konsequente antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die in der DDR tatsächlich stattgefunden hatte.

In dem Teil der „juristischen Vergangenheitsbewältigung nach dem 3.Oktober 1990“ (S.72) beschreibt er die rigorose Verfolgung, Beschuldigung und Aburteilung des „SED-Unrechtsstaates“, also von ca. 100000 Kommunisten (ob sie es waren oder nicht) mit Hilfe des BGB von 1871 aufwärts und noch weiterer Rechtskunststückchen, die das Rückwirkungsverbot, den Schuldnachweis, die Kausalität, DDR-Amnestien, Verjährung und Staatenimmunität geschickt umgingen oder schlicht umkehrten, die aber in alle Bereiche des Lebens wirkten. So gibt es doch sehr viel Aufschluss über den „Rechtsstaat“ BRD, wenn eine „Ehrenkommission“ der BRD partout nicht verstehen kann, wie Frau Prof. Dr. Renate Baumgarten, führende Hepatologin und Chefärztin des Krankenhauses Prenzlauer Berg, nicht Mitglied der SED in der DDR sein konnte.

Der letzte Teil des Buches beschäftigt sich mit der politischen Justiz der DDR, die Friedrich Wolff bewusst nicht nur auf medienwirksam geschürte Einzelfälle reduziert, sondern sie in die Zeit und den Kontext einordnet, wie z.B. in der Beschreibung der sog. Waldheim-Prozesse. Er kommt am Ende zu dem Schluss, dass die Verurteilungen vor und nach 1990 über die DDR ungerechtfertigt waren und die DDR politisch motiviert noch schlimmer als die Zeit des Faschismus abgeurteilt wurde und damit bewusst delegitimiert werden soll.

„Die „Überwindung“ der DDR, der europäischen sozialistischen Staaten, ist

folglich keine „zivilisatorische Errungenschaft“, sondern ein zivilisatorischer Rückschritt, dessen Folgen noch lange auf den Deutschen in Ost und West wie auf den Bürgern anderer Staaten lasten werden. [...] Die „Überwindung“ der DDR, der Untergang des europäischen sozialistischen Lagers, bewirkte, dass wir in vieler Beziehung wieder da stehen, wo wir 1932 gestanden haben, nur richtungs- und wehrloser. Was heute modern ist, wird bald unmodern sein. Alles wird noch einmal von vorn anfangen: die Katastrophen, die Kämpfe, die Niederlagen und vielleicht auch die Siege. Es wird auf jeden Fall schwer.“

Am meisten beeindruckt an Wolffs Buch wohl die Fülle an historischen und juristischen Fakten und Zusammenhängen, die zwar etwas übersichtlicher hätten erscheinen können, aber im Umfang, also ab dem Jahre 1800 anfangend und die Justizurteile immer wieder in Beziehung setzend, unbedingt notwendig für das Verständnis sind. Die juristischen Urteile sind zum großen Teil erklärt, manchmal aber für den Rechtslaien etwas zu kurz gegriffen. Insgesamt regen verschiedene Thesen durchaus zur Diskussion an.

Sandy

Lichtenberg strikes back - oder warum Hugo Eberlein nichts für seine dämlichen Trauergäste kann

Nun hat endlich auch dieser Stadtteil von Berlin sein Mahnmal für die „Opfer des Stalinismus“. Knabe, Knopp und dem „demokratischen Lichtenberger Sozialismus“ sei dank. Und wem würde die in Marmorimitat gehauene Kampfparole des westdeutschen Antikommunismus wohl besser stehen, als dem ostdeutschem Friedhof der Sozialisten!

Ein Geniestreich und Lichtstreif am Horizont für alle, die sich seit nun mehr 17 Jahren aufopferungsvoll an der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte aufarbeiten. Ihr Applaus dringt nun dezent am Mahnmal für die Opfer von Noske und deutschem Faschismus vorbei zu ihrem schicken neuen Schrein. Jeder sollte wen zum betrauern haben! Und so war es nur gut und billig das sich gerade an Karl und Rosas Gedenkstunde Vertreter der deutschen Wirtschaft und des bundesdeutschen Militärs einfanden um auch ihrer Opfer des Stalinismus zu gedenken. Illustre Gäste: Der eine mehr Acker- als Mustermann in Sakko und

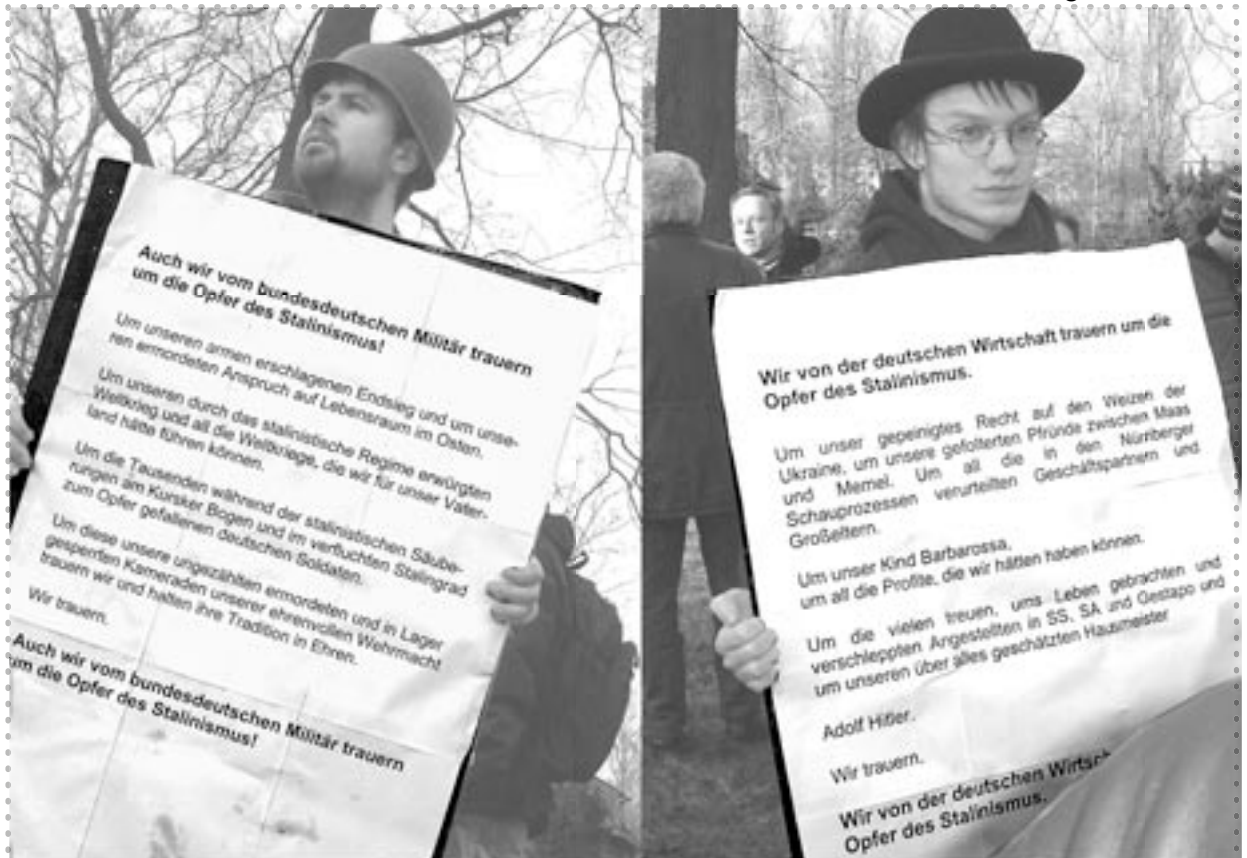
Hut, in Wehrmachtswams und Stahlhelm der andere, Michel, Deutscher heißt der wohl.

Wer ein Schandmahl errichtet, braucht für die Schande nicht zu sorgen. Und selbst die Genossen der SPD hatten schneller als Herr Beck je sein wird einen Kranz (und der war leider echt und kein Agitprop) an den Stein gerollt. Mit auf stramm schwarz-rot-goldenen Schärpen prangendem „...den Opfer des SED-Regimes“, fünfzig Meter frontal zum Mahnmal der Sozialisten lag er so da. Freudentränen treibend für jeden Totalitarismustheoretiker und Angekommenen.

Und auf dem Stein gleich neben dem Kranz, den nur noch ein Reichsadler hätte vervollständigen können, gedachte man Hugo Eberlein.

Würde es ihn noch geben, seinen Namen hätte er so eben aus solch unsäglichlicher Nachbarschaft gelöscht und seine einfältigen „Fans“, die hätt er ordentlich verdroschen.

Ringo+Johannes



Herr Ackermann.

Michel, Deutscher



M. G. G. G.

DU

bistStolz!

Du bist richtig gut.

Im Hobbykeller hast du mit dem Luftgewehr schon den Putz von den Wänden geballert, und deine Mutter findet dich richtig „schnaflig“? Das ist toll. Aber deine Mutter ist kein Feldwebel. Die meisten Spezialkräfte wurden beim Manöver entdeckt. Nicht beim Counterstrike-Zocken. Nicht im Keller. Also, raus aus der Deckung und rauf aufs Schlachtfeld. Gib dem Zufall eine Chance, dich zu finden – und vielleicht rühmlich zu fallen.



Damit aus deinen Träumen Salutschüsse werden.

Du bist Deutschland